



FACHHOCHSCHULE
KOBLENZ
University of Applied Sciences

Wissenschaftliche Schriften



Globalisierung

Prof. Dr. Georg Schlichting
Isabelle Heinrichs, B.Sc.

Fachbereich
Betriebswirtschaft
Nr. 3 - 2010

Wissenschaftliche Schriften des Fachbereichs Betriebswirtschaft
Koblenz University of Applied Sciences

Kann politische Macht gegen die Gesetze der Globalisierung regieren? – Eine kritische
Analyse am Beispiel Deutschlands

von
Prof. Dr. Georg Schlichting
Isabelle Heinrichs, B. Sc.

Vollbeleg: Schlichting, Georg; Heinrichs, Isabelle: Kann politische Macht gegen die Gesetze der Globalisierung regieren? – Eine kritische Analyse am Beispiel Deutschlands, in: Wissenschaftliche Schriften des Fachbereichs Betriebswirtschaft, Koblenz University of Applied Sciences, Nr. 3 - 2010

Koblenz, Februar 2010

ISSN 1868-3711

Alle Rechte vorbehalten.

© Professor Dr. Georg Schlichting, Fachhochschule Koblenz. Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung der Autoren unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

WISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTEN

Mit der Herausgabe der "Wissenschaftlichen Schriften" werden aktuelle Ergebnisse der Forschungstätigkeiten des Fachbereichs Betriebswirtschaft dokumentiert und sowohl in gedruckter als auch in elektronischer Form veröffentlicht.

Wissenschaftler, Praktiker und Studierende erhalten Einblick in die wirtschaftswissenschaftliche Forschungsarbeit des Fachbereichs, die sich mit betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und wirtschaftsjuristischen Fragestellungen befasst. Eine anwendungsorientierte Forschung stellt dabei sicher, dass die Aufarbeitung vorhandenen Wissens und die Suche nach neuen Erkenntnissen von Gestaltungshinweisen für die Unternehmenspraxis begleitet wird.

Die Wissenschaftlichen Schriften des Fachbereichs Betriebswirtschaft an der Koblenz University of Applied Sciences erscheinen mehrmals jährlich. Weitere Informationen unter:

www.fh-koblenz.de/betriebswirtschaft

Schriftenleitung

Prof. Dr. Christoph Beck
Dipl. Betriebswirtin Nadine Hürth
Prof. Dr. Andreas Mengen
Dipl. Betriebswirtin Marina Mürtz
Prof. Dr. Holger Philipps
Prof. Dr. Georg Schlichting

GLOBALISIERUNG

Der Begriff „Globalisierung“ wird in der Regel sehr emotional diskutiert. Einige betrachten die Globalisierung als einen positiven Prozess, der wichtig und unvermeidbar für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft ist. Bei anderen überwiegen eher Argwohn und Angst. Sie befürchten, dass sich die Ungleichgewichte innerhalb der und zwischen den Ländern im Zuge der Globalisierung vergrößern, dass Beschäftigung, Lebensstandard und sozialer Fortschritt gefährdet sind. Vor allem in Deutschland wird die Globalisierung eher als Bedrohung denn als Chance begriffen.

Somit stellt sich die Frage, ob die politische Macht bei der Durchsetzung ihrer Maßnahmen gegen die ökonomischen Gesetze der Globalisierung regieren kann. Es wird gezeigt, dass dies nicht der Fall ist, welche Konsequenzen aus den staatlichen Eingriffen zu erwarten sind und welche alternativen Lösungsstrategien zur Verfügung stehen.

INHALTSVERZEICHNIS

WISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTEN	I
GLOBALISIERUNG	II
1 PROBLEMSTELLUNG UND VORGEHENSWEISE	1
2 WAS IST GLOBALISIERUNG?	1
3 URSACHEN UND FOLGEN DER GLOBALISIERUNG	2
3.1 Politische Veränderungen der 1990er Jahre	2
3.2 Erweiterung des Freihandels	3
3.3 Technologischer Fortschritt	3
3.4 Sinkende Transaktionskosten	4
3.5 Entwicklung der Kapitalmärkte	5
3.6 Unterschiede in Faktorkosten und Rahmenbedingungen	5
3.7 Folgen der Globalisierung	7
4 GLOBALISIERUNG AM BEISPIEL DEUTSCHLANDS	10
4.1 Angst der Deutschen vor den Kräften der Globalisierung	10
4.2 Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit durch „Basar-Ökonomie“	10
4.3 Strukturproblem versus Konjunkturproblem	12
4.4 Auswirkungen des Faktorpreisausgleichstheorems	15
4.5 Fehlende Investitionen im Rahmen zunehmender Globalisierung	16
4.6 Sozialstaat Deutschland und die damit verbundene Krise	17
4.7 Staatsverschuldung	18
4.8 Steuerbelastung	20
5 MÖGLICHE LÖSUNGSANSÄTZE ZUR VERBESSERUNG DER SITUATION IN DEUTSCHLAND	21
5.1 Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich	21
5.2 Flexibles Lohnsystem	21
5.3 Aktivierende Sozialhilfe	22
5.4 Investitionen in Humankapital	23

5.5	Reduktion der Staatsverschuldung	24
5.6	Verringerung der Abgabenlast.....	24
6	ZUSAMMENFASSUNG	25
	LITERATUR UND QUELLENVERZEICHNIS	26
	AUTORENPORTRAIT	30
	SCHRIFTENVERZEICHNIS.....	31

1 PROBLEMSTELLUNG UND VORGEHENSWEISE

Globalisierung ist ein Thema, das in den vergangenen Jahren und vor allem heutzutage für viel öffentliche Diskussion sorgt. Politiker und Manager der privaten Wirtschaft begründen ihre Entscheidungen oft mit den Zwängen der Globalisierung. Dies geschieht im politischen Bereich oft ohne Berücksichtigung der in der Wirtschaft existierenden ökonomischen Gesetze.

Das Bewusstsein der deutschen Bürger für die entstandene kritische Wirtschaftslage, die oft mit der Globalisierung in Zusammenhang gebracht wird, wächst. Die Vorbehalte gegenüber der Globalisierung sind gestiegen. Sah 1998 nur jeder vierte Deutsche ein Risiko in der Globalisierung, war es bereits 2006 schon jeder zweite (vgl. Internationale Handelskammer, 2007, S. 10). Die Einbettung Deutschlands in den Prozess der Globalisierung vergrößert die Sorge der Menschen um Arbeitsplatz und Lebensstandard. Dadurch hat sich die Politik veranlasst gesehen, wirtschaftspolitisch immer wieder in den Prozess der Globalisierung einzugreifen mit dem Ziel, den Bürger vor Risiken zu schützen.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, ob politische Macht gegen die ökonomischen Gesetze der Globalisierung regieren kann. Zunächst wird der Begriff der Globalisierung näher erläutert, wobei deutlich wird, dass Globalisierung kein neues Phänomen ist. Ebenso werden die Ursachen und Folgen der Globalisierung erläutert. Entscheidend wird aber die Erkenntnis sein, dass sich politische Entscheidungen nicht gegen die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Globalisierung wenden sollten, da sonst Wachstumsverlust, hohe Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung sowie Finanzierungsprobleme des Sozialstaats zu erwarten sind.

2 WAS IST GLOBALISIERUNG?

Der Begriff Globalisierung stammt aus der Ökonomie und Soziologie. Spätestens seit 1990 wird die Bezeichnung Globalisierung in öffentlichen Debatten aufgegriffen und beschreibt einen mehrdimensionalen Prozess der Zunahme von länderübergreifenden, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Beziehungen. Aus ökonomischer Sicht bedeutet Globalisierung eine wachsende internationale Integration der Güter- und Finanzmärkte. D.h. die internationale Arbeitsteilung nimmt zu und führt zu einer wachsenden Verflechtung nationaler Volkswirtschaften. So versteht Joseph Stiglitz unter Globalisierung “[...] die engere Verflechtung von Ländern und Völkern der Welt, die durch die enorme Senkung der Transport- und Kommunikationskosten herbeigeführt wurde, und die Beseitigung künstlicher Schranken für den ungehinderten grenzüberschreitenden Strom von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Wissen und (in geringerem Grad) Menschen“ (Stiglitz, 2002, S. 24).

Vorangetrieben wird dieser Prozess vor allem durch einen breiten Liberalisierungsschub im Handel und auf den Finanzmärkten, die zunehmende Internationalisierung der Produktions- und Vermarktungsstrategien der Unternehmen und durch den technologischen Fortschritt insbesondere im Transport- und Kommunikationswesen, der die Hürden für die Handelbarkeit von Gütern sowie für die Mobilität von Kapital rasant abbaut (vgl. Schlichting, 2002, S. 65; ders., 2006, S. 9 f.).

Die Effizienz der Märkte wird gestärkt durch Wettbewerb und Arbeitsteilung, die es Ländern erlaubt, sich auf die Produkte zu spezialisieren, die sie am besten erzeugen können und diese Produkte gegen andere zu tauschen, die sie weniger effizient herstellen können. Die Menschen haben die Möglichkeit, Märkte auf der ganzen Welt zu nutzen. D.h. sie haben Zugang zu mehr Kapital, modernsten Technologien, preiswerteren Importen und größeren Exportmärkten. Aber selbst noch so effiziente Märkte stellen keineswegs automatisch sicher, dass alle an den unbestrittenen Vorteilen einer steigenden Effizienz teilhaben. Die einzelnen Volkswirtschaften müssen dazu bereit sein, die erforderlichen Politiken zu verfolgen. Gleichzeitig muss akzeptiert werden, dass ärmere Länder in ihren Bemühungen der Unterstützung reicherer Länder bedürfen.

Obwohl die Verwendung des Begriffs „Globalisierung“ noch recht jung ist, stellt der Prozess, der sich hinter dem Begriff verbirgt, kein neues Phänomen dar. Bereits im 11. Jahrhundert leistete die venezianische Republik durch Handel einen Beitrag zur Globalisierung. Die Zeit der portugiesischen, spanischen und niederländischen Entdeckungsreisen sorgte für einen weltweiten Integrationsschub durch die Fortschritte in der Seefahrtstechnik. Der Klassische Liberalismus im 18. und 19. Jahrhundert als Antwort liberaler Ökonomen auf die Interventionen im Merkantilismus verfolgte eine Wirtschaftspolitik, die den Marktmechanismus betont. Dieser Prozess der Liberalisierung der Wirtschaftspolitik war von einer kräftigen Steigerung der Industrieproduktion und der Realeinkommen begleitet, wenngleich damals noch übersehen wurde, dass auch Fälle von Marktversagen auftreten können (vgl. Schlichting, 2006, S. 10 f.). Erfindungen wie die Elektrizität oder das Telefon, der Ausbau des Eisenbahnnetzes und die Verwendung des Goldstandards als internationale Währungsordnung bewirkten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1914 enorme Fortschritte in der Handels- und Finanzintegration. Die Welle der weltwirtschaftlichen Integration in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde unterbrochen durch eine Phase aggressiven Nationalismus und Protektionismus nach dem 1. Weltkrieg. Es folgten die große Depression der 30er Jahre und die Katastrophe des 2. Weltkrieges (vgl. Köhler, 2003). Erst danach erhielt die Globalisierung neue Schubkraft.

3 URSACHEN UND FOLGEN DER GLOBALISIERUNG

3.1 Politische Veränderungen der 1990er Jahre

In den 1990er Jahren haben politische Veränderungen und die damit verbundene Öffnung der Märkte dazu beigetragen, dass der Prozess der Globalisierung im Bereich der Wirtschaft stark vorangetrieben wurde.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetreiches und dem Ende des Ost-West-Konfliktes, eröffneten sich im Osten Europas neue Märkte. Der Fall der Berliner Mauer, die wirtschaftliche Transformation Chinas, die Öffnung der Märkte Südamerikas und Indiens sind als Antriebskraft für Globalisierung zu verstehen. Das weltweite Vordringen des marktwirtschaftlichen Modells hat innerhalb kurzer Zeit über drei Mrd. Menschen als neue Anbieter und Nachfrager in die Weltwirtschaft gebracht, die sich nun mehr am Wettbewerb in den offenen Märkten beteiligten (vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, 2008).

Beispielhaft belegt die Entwicklung von Südamerika, welche möglichen Vorteile die Globalisierung in Bezug auf die Öffnung des Marktes haben kann. Die Region erlebt derzeit den stärksten Aufschwung seit vier Jahrzehnten mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum um fünf bis sechs Prozent. Es existieren zwar heute immer noch einige Rückstände in der Handelsliberalisierung, aber Südamerika ist auf dem richtigen Weg, welcher ohne eine Marktöffnung nicht möglich gewesen wäre (vgl. FAZ, 2008).

3.2 Erweiterung des Freihandels

Seit vielen Jahrzehnten wird erfolgreich versucht, den Freihandel, der als Grundlage des Wirtschaftsliberalismus anzusehen ist, zu verstärken. Viele Wissenschaftler sehen in der Erweiterung des Freihandels große Vorteile für die beteiligten Länder. Es ergeben sich Chancen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung, des Lebensstandards und der produktivitätssteigernden Spezialisierung.

In der Vergangenheit wurden zahlreiche Liberalisierungs- und Zollsenkungsrunden im Rahmen des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) durchgeführt. Ziel des GATT war die Förderung der weltwirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstandes durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Schlichtung von Handelskonflikten (vgl. Spreber/Sprink, 2007, S. 240). Begünstigt durch die Fortschritte der Anstrengungen in der multilateralen Handelsliberalisierung, die sich Ende des letzten Jahrhunderts in dem erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde 1995 und der Bildung der World Trade Organization (WTO) manifestierten, kam es zu einem starken Anstieg der weltweiten Handelsströme. So wuchs der Welthandel in den 1990er Jahren mit durchschnittlich sechs Prozent stärker als die weltweite Produktion an Waren und Dienstleistungen (vgl. BMZ, 2008).

Sechzig Jahre nach Abschluss des ersten Vertrages zur Liberalisierung des Welthandels, der am 01. Januar 1948 in Kraft trat, steckt die multilaterale Handelsliberalisierung jedoch in einer Krise. Bereits seit 2001 verhandeln die Mitglieder der WTO, doch es mangelte an der Bereitschaft zur weiteren Senkung der Zölle und der Subventionen in der europäischen Union und in den USA. Auch Indien und Brasilien sind nicht bereit, weiter gehende Eingeständnisse bei der Öffnung ihrer Märkte für Industrieprodukte zuzulassen (vgl. Langhorst, 2008, S. 1). Bei einer weiteren Liberalisierung des Welthandels dürften enorme Einkommenszuwächse realisiert werden. Bis heute scheiterten jedoch die Verhandlungen an unvereinbaren Positionen der einzelnen WTO Mitglieder.

3.3 Technologischer Fortschritt

Neben der Öffnung vieler internationaler Märkte durch politische Veränderungen spielt auch der technologische Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte eine große Rolle. Nicht nur die Möglichkeit der Satellitenübertragung und der Kommunikation via Internet als zwei der bedeutendsten technologischen Entwicklungen, sondern auch der Datentransfer generell erlauben, Arbeitsprozesse zu teilen und diese auf verschiedenen Kontinenten zu koordinieren, ohne einen Zeitverlust in Kauf nehmen zu müssen.

Zusätzlich sind die Kosten für Telefonate ins Ausland in den vergangenen Jahrzehnten erheblich gesunken. Während zeitgleich das Volumen der internationalen Telefongespräche exponentiell angewachsen ist, hat sich die Zahl der Telefonanschlüsse am weltweiten Telefonnetz seit 1960 mehr als verzehnfacht und die Kosten sind auf ein Minimum gesunken (vgl. Bundesamt für politische Bildung (BPB), 2006).

Die Penetrationskraft der Informationstechnologie - also die Tatsache, dass alle Fakten zur gleichen Zeit an jedem Ort verfügbar sind - ermöglichte erst die einfache Kommunikation zwischen Ländern und deren Märkten. Der technologische Fortschritt wirkt sozusagen als Motor für globales Wirtschaftswachstum und zeichnet sich als einen der wichtigsten Bestimmungsfaktoren des Wettbewerbs ab, denn das allgemeine technologische Niveau eines Staates bestimmt dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Während die Kosten der Kommunikation vor allem durch den technischen Fortschritt gesunken sind, hat der Transportsektor zusätzlich von sinkenden Rohölpreisen Anfang der 1980er Jahre profitiert (vgl. Sachverständigenrat, 2005). Die sinkenden Transport- und Kommunikationskosten sind nicht nur eine Voraussetzung für den Prozess der Globalisierung, sondern werden ihrerseits von ihm beeinflusst. Durch eine größere Nachfrage von Dienstleistungen im Kommunikationsbereich, wachsende Gütermengen im Transportwesen und schnellere Verbreitung technischer Entwicklungen können logistische Leistungen günstiger angeboten und im nächsten Schritt wiederum stärker nachgefragt werden.

3.4 Sinkende Transaktionskosten

Auch die Transaktionskosten sind in allen Bereichen gesunken. Verantwortlich dafür sind zum einen die Reduzierungen tarifärer Handelshemmnisse im Zuge mehrerer GATT-Runden als auch der Abschluss regionaler Zollunions- und Freihandelsabkommen, insbesondere der EU und der NAFTA.

Insgesamt haben die Verbesserungen von Transport, Kommunikation und die Senkung der Transaktionskosten zu einer Situation geführt, die eine erhebliche Ausweitung der Transporte und insbesondere eine Verlagerung von Produktion von Industrieländern in die Entwicklungsländer ermöglichen (vgl. Deutscher Bundestag, 1999).

Durch die internationale Arbeitsteilung bzw. der entstandenen globalen Vernetzung war und ist es den Ländern nun möglich in einer immer größeren Breite und Tiefe der Wertschöpfungskette zu agieren. Sowohl im Dienstleistungsbereich als auch in der Produktion von Waren besteht nun die Möglichkeit die unterschiedlichen Stufen nach Bedarf aufzuteilen und gegebenenfalls räumlich voneinander zu trennen, um dadurch einen komparativen Kostenvorteil sowohl beim End- als auch beim Zwischenprodukt zu erreichen.

3.5 Entwicklung der Kapitalmärkte

Der Intensivierung der Handelsbeziehungen folgte die Entwicklung globaler Finanzmärkte, deren Macht stetig anstieg. Nachdem 1973 das Bretton Woods System, ein länderübergreifendes Währungssystem mit festen Wechselkursen, zusammenbrach, wurde die Internationalisierung der Finanzmärkte ausgelöst.

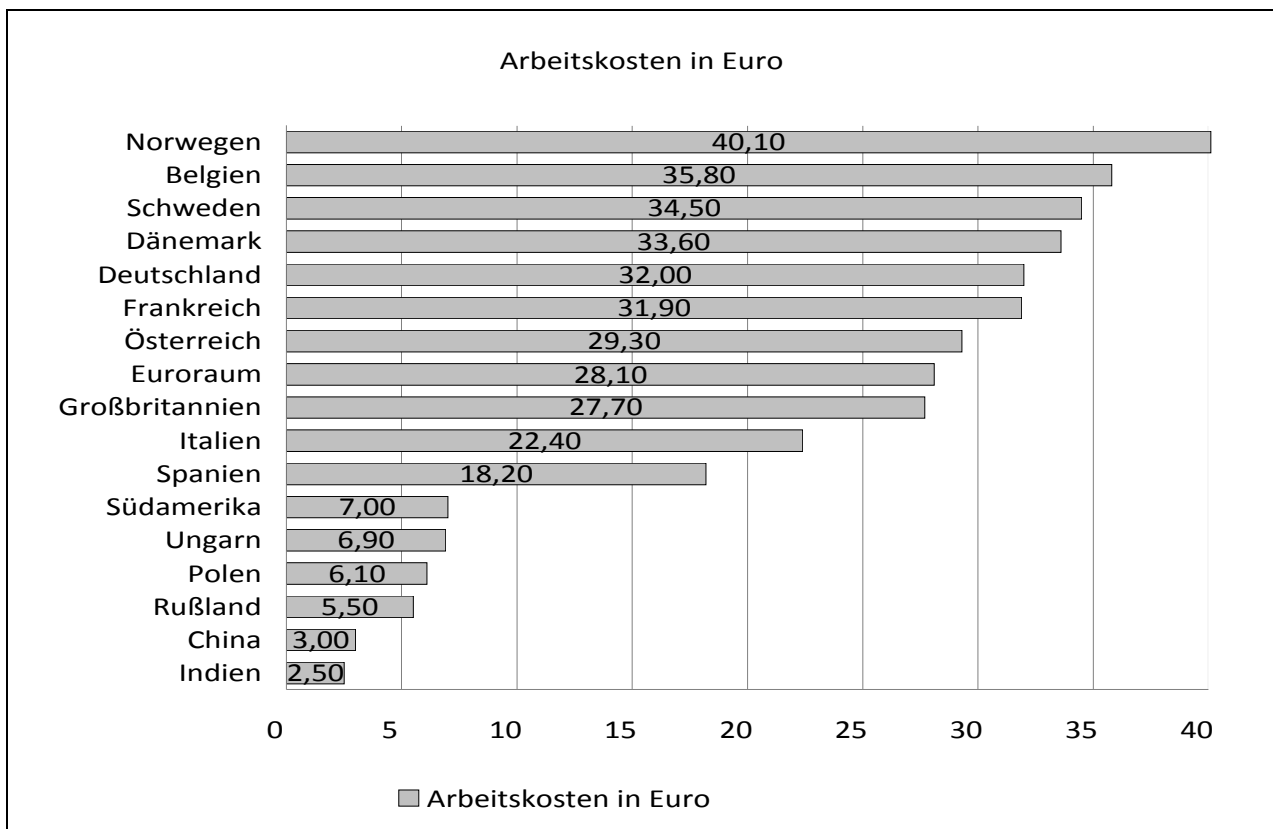
Es folgte eine umfangreiche Liberalisierung der Kapitalmärkte Anfang der 1980er Jahre, die zunächst mit verstärkten Kapitalströmen zwischen den Industrieländern einherging. Die durch den technischen Fortschritt ermöglichte Globalisierung der Finanzmärkte führte sowohl zu einer Beschleunigung von Kapitalbewegungen weit über die Landesgrenzen hinweg als auch zu einer Verselbständigung der internationalen Finanzkreisläufe, die eine gewisse Eigendynamik entwickelt hatten (vgl. BPB, 2006; Schlichting, 2006, S. 16). Nach Jahrzehnten der Deregulierung und der wachsenden Verflechtung der weltweiten Finanzmärkte werden die derzeitigen Turbulenzen zu einschneidenden Veränderungen der Märkte, der Regulierungsmechanismen und der Unternehmensfinanzierungen führen. Der Trend zur weitergehenden Internationalisierung auf den Kapitalmärkten wird davon aber wahrscheinlich unberührt bleiben.

3.6 Unterschiede in Faktorkosten und Rahmenbedingungen

Zum besseren Verständnis dieser Ursachen der Globalisierung, kann die Theorie der komparativen Kostenvorteile beitragen, wonach der Außenhandel ausschließlich auf die unterschiedliche Arbeitsproduktivität in den beteiligten Ländern zurückgeführt wird (vgl. Ricardo, 1817). Da nach dieser Theorie der Faktor Arbeit als einziger Produktionsfaktor relevant ist, ergeben sich Vorteile für ein Land, das bei der Produktion über eine vergleichsweise höhere Produktivität seiner Arbeiter verfügt (vgl. Kutscher/Schmid, 2008, S. 385 f.). Dieser Unterschied in der Produktivität kann auch durch das technische Niveau der Länder beeinflusst werden (vgl. Heine/Herr, 2003, S. 616). Das Entscheidende an der Theorie ist jedoch seine Aussage bezüglich des komparativen Kostenvorteils, den es auszunutzen gilt. Höhere Produktivitäten rechtfertigen zwar höhere Löhne, aber keine Übertreibungen hinsichtlich der Lohnabschlüsse.

Die Globalisierung wird intensiviert durch unterschiedliche standortrelevante Kosten der einzelnen Länder. Dazu gehören die Faktorkosten - vorrangig Arbeitskosten - und die Rahmenbedingungen - insbesondere Unternehmenssteuern. Die folgende Grafik veranschaulicht die deutlichen Unterschiede der Arbeitskosten im internationalen Vergleich, die zum globalen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt führen und Druck auf die Hochlohnländer ausüben.

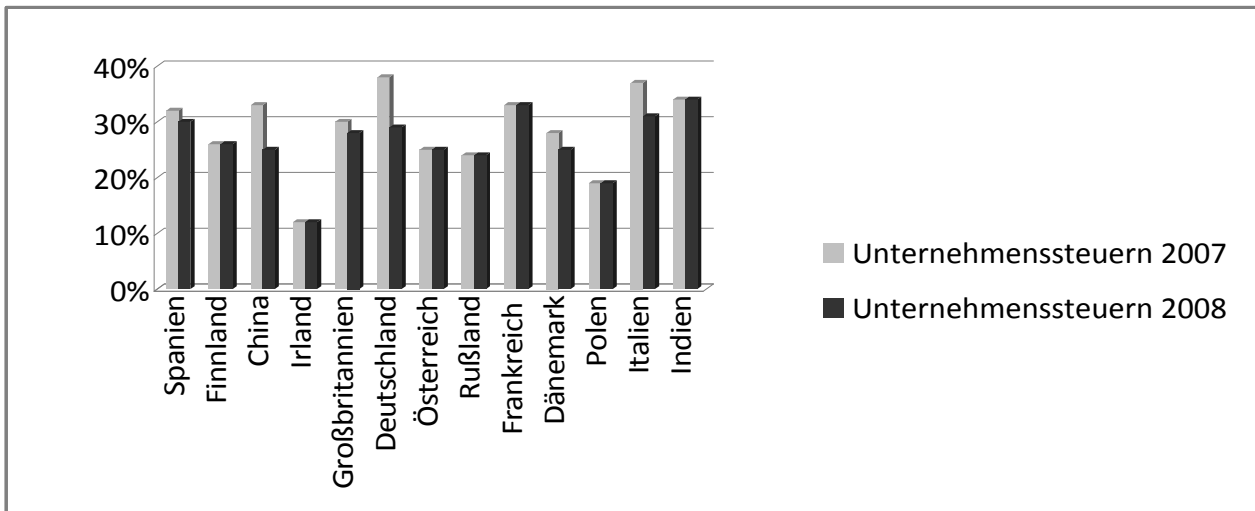
Abbildung 1: Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe je Arbeitsstunde in ausgewählten Ländern 2007



Quelle: IMK/Eurostat/asia-pacific, 2008

Im Bereich der Rahmenbedingungen ist durch den globalen Wettbewerb eine Tendenz zur Senkung der Unternehmenssteuern zu erkennen. Die durchschnittliche Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften ist in den EU-Mitgliedsstaaten von 1993 bis 2007 von 38 Prozent auf 24 Prozent gefallen (vgl. KPMG, 2008). Niedrige Unternehmenssteuern sollen dazu beitragen, die Standortqualität zu verbessern und sowohl inländische als auch ausländische Unternehmen infolge ihrer Investitionstätigkeiten langfristig an die jeweiligen Länder binden. Dieser Trend wird in der nachfolgenden graphischen Darstellung deutlich.

Abbildung 2: Unternehmenssteuern in ausgewählten Ländern für 2007 und 2008



Quelle: KPMG's Corporate an Indirect Tax Rate Survey 2007/2008

Es wird ersichtlich, dass in einigen Ländern bereits Reduzierungen der Unternehmenssteuern vollzogen wurden, um sich den Werten anderer Länder angleichen. China hat die Unternehmenssteuern von 33 Prozent auf 25 Prozent gesenkt. Deutschland hat sich dem Trend angeschlossen und ebenfalls seine Steuersätze nach unten korrigiert. 2007 lag der Steuersatz noch bei 38,6 Prozent, 2008 bei 29,8 Prozent. Dennoch reizen sogenannte Steueroasen, wie zum Beispiel Irland mit nur 12,5 Prozent, die dies durch steuerliche Sonderkonditionen in Form von ermäßigten Steuersätzen oder reduzierten Bemessungsgrundlagen ermöglichen.

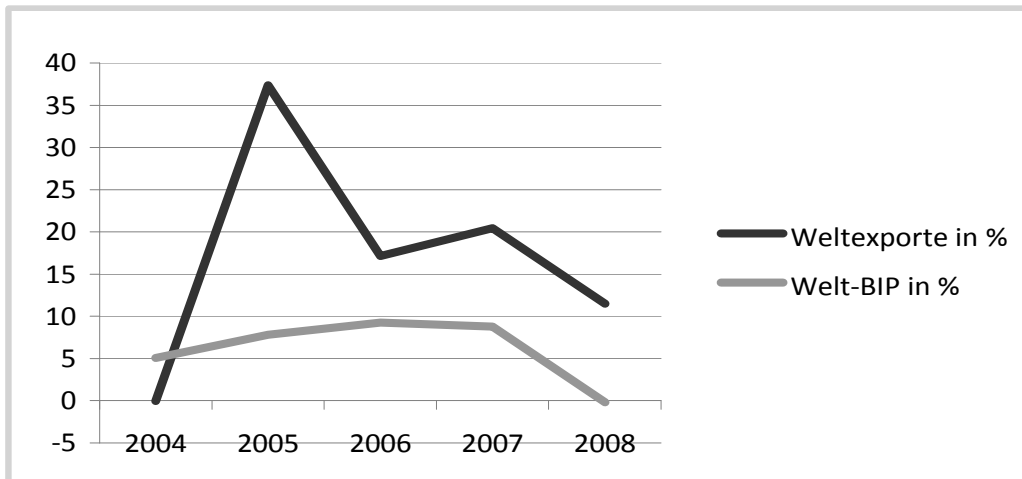
Diese Entwicklungen der Unterschiede in den Bereichen Faktor- und Rahmenbedingungen haben dazu beigetragen, die Globalisierung voran zu treiben und das Wirtschaftswachstum zu fördern.

3.7 Folgen der Globalisierung

Die rasante Zunahme der internationalen Arbeitsteilung führte zu einer Zunahme des Wettbewerbs durch die Verstärkung des internationalen Handels, die ausländischen Direktinvestitionen und die Entstehung eines globalen Arbeitsmarktes.

Als Folge der Zunahme des grenzüberschreitenden Warenhandels wächst die Bedeutung des Außenhandels für die einzelnen Volkswirtschaften und deren Wachstum. Mittlerweile finden 97 Prozent des Welthandels zwischen den 153 Mitgliedern der WTO statt. Durch die Ausweitung des internationalen Handels entsteht mehr Wettbewerb zwischen den Ländern. Es ist feststellbar, dass der Welthandel deutlich stärker als das Welt-BIP wächst.

Abbildung 3: Wachstum des Welthandels und Welt-BIPs 2004 - 2008

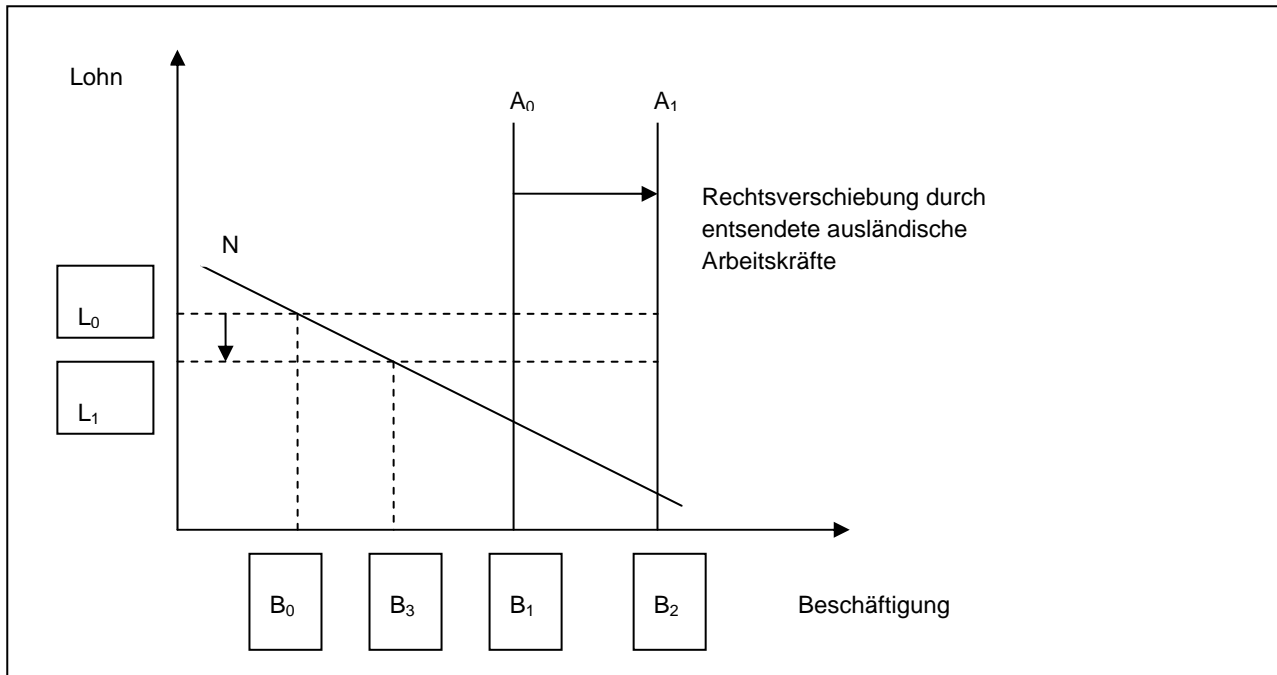


Quelle: The CIA World Factbook 2008

Durch die Internationalisierung der Unternehmen, ist häufig bei Entwicklungs-, Produktions- und Absatzentscheidungen innerhalb der Unternehmen eine globale Perspektive von zentraler Bedeutung. Die Direktinvestitionen, die statistisch gesehen als grenzüberschreitende Engagements, Firmenübernahmen oder Firmenzusammenschlüsse erfasst werden, spielen hierbei eine wichtige Rolle, denn die Globalisierung der Unternehmen hat einen erheblichen Einfluss auf das Geschehen in der Weltwirtschaft (vgl. Remsperger, 2006). Im Gegensatz zu Bankkrediten und Portfolio-Investitionen bieten ausländische Direktinvestitionen nicht nur eine Ergänzung der nationalen Ersparnisse, sie eröffnen auch den Zugang zu international verfügbaren Technologien und erleichtern das Vordringen auf die Weltgütermärkte. Auch eine gewisse Sicherheit durch die Verteilung von Risiken auf unterschiedliche Märkte oder die Verteilung von Wechselkursrisiken sind Gründe für Unternehmen mit Direktinvestitionen zu agieren. Nach einer Studie der UNCTAD sind die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2007 trotz der Turbulenzen am Finanzmarkt weltweit auf einen Rekordstand von 1,5 Billionen US Dollar gestiegen - nach 1,3 Billionen Dollar im Vorjahr und dem bisherigen Höchststand von 1,4 Billionen US Dollar im Jahr 2000 (vgl. BPB).

Darüber hinaus ist eine Zunahme des Wettbewerbs durch die Internationalisierung der Arbeitsmärkte festzustellen. Jährlich steigt die Zahl der Menschen, die ihre Arbeit anbieten und auf diese Weise enormen Druck auf die Beschäftigung und die Löhne in den Industrieländern ausüben. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Auswirkung des globalen Arbeitsangebotes auf Löhne und/oder Beschäftigung in den Industrieländern.

Abbildung 4: Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte



Quelle: Schlichting, 2009, S. 561

In der Grafik ist dargestellt, wie sich die Beschäftigung durch die Globalisierung verändert und welche Auswirkungen dieses auf die Löhne hat. In der Ausgangssituation soll die Nachfragekurve N und die Angebotsfunktion A_0 gegeben sein. Bei einem Lohn L_0 , der über dem Gleichgewichtslohn liegt, ist die Nachfrage nach B_0 geringer als das Angebot B_1 . Es entsteht dadurch Arbeitslosigkeit in Höhe von B_1 bis B_0 .

Das Angebot weitet sich nun durch Hinzukommen von ausländischen Arbeitnehmern von A_0 auf A_1 aus (Rechtsverschiebung der Angebotskurve). Wird der Lohnsatz von L_0 trotz der Ausweitung des Angebots beibehalten, führt dies zur steigenden Arbeitslosigkeit. Die Gesamthöhe der Arbeitslosigkeit ergibt sich durch die Differenz von B_2 bis B_0 . Eine Reduzierung des Lohnsatzes zum Beispiel auf L_1 würde zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit führen.

Um dem gestiegenen Wettbewerb am Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen, also die Erhöhung des Angebotes auf A_1 durch mehr Arbeitsnachfrage auszugleichen, muss der Lohn sinken. Starre Löhne lassen eine solche Anpassung jedoch nicht zu (vgl. Schlichting, 2005, S. 461; ders., 2009, S. 561 f.).

Insgesamt ist festzustellen, dass eine Zunahme des Wettbewerbs durch internationalen Handel, ausländische Direktinvestitionen und die Entstehung eines globalen Arbeitsmarktes wesentliche Einflussfaktoren insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sind.

4 GLOBALISIERUNG AM BEISPIEL DEUTSCHLANDS

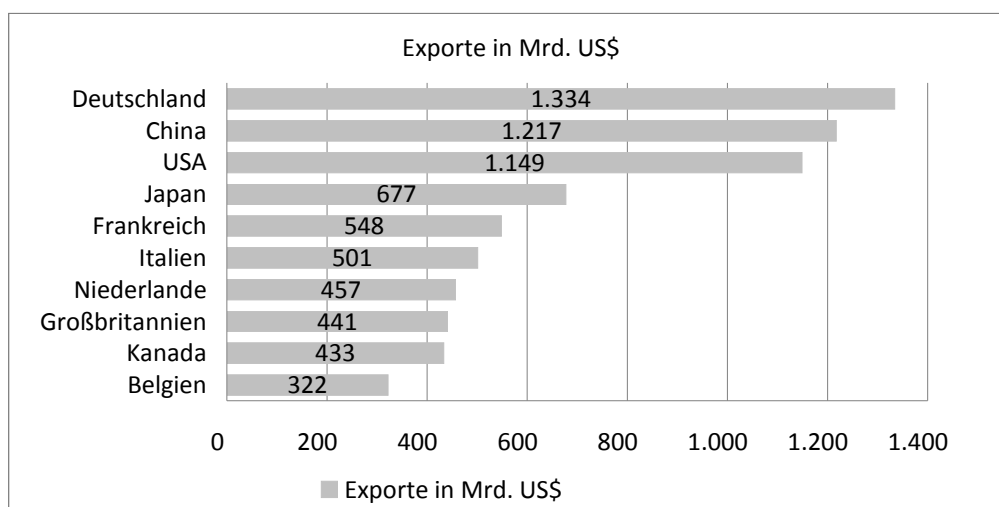
4.1 Angst der Deutschen vor den Kräften der Globalisierung

Seit China und Indien sich am Niedriglohnwettbewerb beteiligen, ist die Situation für Deutschland ernst geworden. Ungeachtet der konjunkturellen Stabilisierung in den Jahren 2004 bis 2007 in Deutschland spüren die Deutschen, dass ihr Land in einer Krise steckt. Derzeit wird diese Angst durch die aktuelle Krisensituation noch weiter verstärkt. Neben den Kräften der Globalisierung haben sie noch mit anderen Problemen, die ihren Ursprung in der Vergangenheit haben, zu kämpfen. Die Osterweiterung hat einen direkten Nachbarn als Niedriglohnkonkurrenten hervorgebracht. Der europäische Binnenmarkt hat Deutschland den Vorteil des größeren eigenen Binnenmarktes und damit den Vorteil der Kostendegression bei der industriellen Großserienproduktion genommen, die Einführung des Euro hat dazu geführt, dass keine Vorteile durch niedrige Zinsen entstehen konnten. Außerdem hat die deutsche Wiedervereinigung den Staat sehr viel Geld gekostet. Dies hat zu einer hohen Staatsverschuldung geführt, die ein Erfüllen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes über Jahre nicht mehr ermöglichte (vgl. Sinn, 2007, S. 44 ff.). Um die Chancen der Globalisierung nutzen zu können, müssen die Deutschen ihre Ängste überwinden und sich aktiv der Herausforderung eines strukturellen Wandels stellen.

4.2 Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit durch „Basar-Ökonomie“

Die Auswirkungen der oben aufgeführten Entwicklungen haben unter anderem zur Folge, dass Deutschland dramatischen Veränderungen in der internationalen Wettbewerbssituation gegenüber steht. Die Kombination aus Preis und Qualität passen nicht mehr zusammen, denn Deutschland ist kaum besser als andere Länder, aber dafür viel teurer. Deutschland ist seit 1995 in Bezug auf das Wirtschaftswachstum unter allen europäischen Ländern eines der Schlusslichter, gleichzeitig aber auch Exportweltmeister in 2007.

Abbildung 5: Die zehn wichtigsten Exporteure im weltweiten Außenhandel 2007



Quelle: The CIA World Factbook 2009

Der Sachverständigenrat sieht den Boom der Exporte als Beleg für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft samt ihrer Arbeitnehmer und führt die Wachstumsschwäche auf eine „fehlende Binnennachfrage“ oder eine schwache „Binnenkonjunktur“ zurück, die nicht durch außenwirtschaftliche Kräfte verursacht angesehen werden (vgl. Sachverständigenrat, 2005).

Sinn sieht den Exportboom und die innere Wachstumsschwäche als keine voneinander trennbaren Ereignisse an. Für ihn handelt es sich um ökonomisch eng zusammengehörende Teile eines Entwicklungsprozesses, bei denen sich die Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitnehmern und Firmen voneinander lösen (vgl. Sinn, 2007, S. 162). Für ihn liegt der Grund der starken Exporte und des schwachen Wachstums in der „Basar-Ökonomie“. Sinn führte diesen Begriff selbst ein und definiert ihn folgendermaßen: Basar-Ökonomie „(...) ist die Abnahme der Fertigungstiefe der deutschen Industrie durch eine Spezialisierung auf die kundennahen Endstufen der Produktion und eine Verlagerung der arbeitsintensiven Teile der Vorproduktketten ins Ausland (...).“ (Sinn, 2007, S. 10)

In Deutschland verläuft dieser Prozess der Verlagerung industrieller Wertschöpfung in die Niedriglohnländer „aus volkswirtschaftlicher Sicht“ zu schnell, denn die Industriebeschäftigung geht viel rasanter zurück als die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich zunimmt, um den Verlust zu kompensieren. Dies wird deutlich, wenn man die Jahre zwischen 1995 und 2003 vergleicht. In diesem Zeitraum sind 1,9 Mrd. Arbeitsstunden in der Industrie verloren gegangen und nur 290 Mio. Arbeitsstunden im Dienstleistungssektor hinzugekommen (vgl. Sinn, 2005, S. 83).

Um ein besseres Verständnis für diese Entwicklung zu erhalten, beschreibt Sinn den Weg in die „Basar-Ökonomie“ mit Hilfe von drei wesentlichen Entwicklungstendenzen. Erstens erhöhen die Unternehmen die Kapitalintensität ihrer Produktion und damit die Produktion pro Arbeiter, indem sie die Automatisierung und Rationalisierung weiter vorantreiben. Zweitens spezialisiert sich die Wirtschaft unter dem Druck der internationalen Niedriglohnkonkurrenz auf die sach- und humankapitalintensiven Sektoren der Wirtschaft. Und drittens fokussieren sich die Industrieunternehmen auf die kundennahen Endstufen ihrer Fertigung und verlagern die kundenferneren Produktionsstufen in das Ausland (vgl. Welt am Sonntag, 2005).

Zustande kommt der Basar-Effekt durch das Outsourcing und Offshoring der Unternehmen. Beim Outsourcing werden die arbeitsintensiven Vorprodukte bei ausländischen kostengünstigeren Zulieferern als Ersatz für die eigene Vorproduktion verwendet. Offshoring bedeutet die Errichtung von eigenen Niederlassungen durch Direktinvestitionen im Ausland, die anstatt der inländischen Vorproduktion diese Güter herstellen und dann nach Deutschland exportieren. In beiden Varianten nimmt die Fertigungstiefe ab.

Nach der Rückführung der Produkte nach Deutschland folgt meist nur noch die Endmontage. Die fertig gestellten Produkte werden dann gegebenenfalls wieder exportiert und können somit in der Exportstatistik als qualitativ hochwertiges Produkt „made in germany“ verbucht werden (vgl. Hardt, 2005). Diese notwendig gewordene Überlebensstrategie der deutschen Unternehmen ermöglicht eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Dudenhöffer erklärte, dass der Fertigungsanteil beim Modell „Cayenne“ von Porsche liege bei 33 Prozent und nicht - wie vom Hersteller behaupteten - bei 55 Prozent. Er geht davon aus, dass 88 Prozent des Cayenne-Produktionswerts in Bratislava erstellt werden und 12 Prozent bei Porsche in Deutschland selbst. Die Software für Steuergeräte kommt zum Teil aus Indien, Kabelbäume werden in der Ukraine gebaut, Kolben werden von Mahle in Deutschland, aber auch in Osteuropa mit Aluminium gegossen, das aus Kanada kommt. Es wird deutlich, dass es sich um eine sehr weit verästelte globale Wertschöpfungskette handelt.

Mit einer Verringerung der Fertigungstiefe in Deutschland kann Porsche ein erhebliches Einsparpotential realisieren, das zu Wettbewerbsvorteilen führt, die ohne das internationale Zulieferungsnetz nicht möglich wären. Der Verzicht auf die „Basar-Ökonomie“ hätte für Porsche im Vergleich zu BMW, Mercedes, Audi oder Jaguar in der Preisklasse von 40 000 bis 100 000 Euro zur Folge, dass sie zu teuer wären und diesem Wettbewerb nicht standhalten könnten. Dank dieser Art von Strategie weist Porsche im Vergleich zu anderen Automobilherstellern auch die bessere Umsatzrendite mit 18 Prozent auf. BMW und Toyota liegen bei 6 Prozent, und Jaguar schreibt sogar rote Zahlen (vgl. Dudenhöffer, 2006).

Daraus wird ersichtlich, dass die „Basar-Ökonomie“ helfen kann dem Wettbewerb standhalten und sogar gewisse Vorteile gegenüber anderen Unternehmen aufbauen zu können. Profitieren von dieser Form der Ökonomie können demnach Exportfirmen und auch Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Wer dem Wettbewerb auf den Weltmärkten standhalten möchte, muss heutzutage diesen Weg gehen um überleben zu können.

Verlierer dieser Situation sind die Arbeitnehmer. Die Unternehmen erhalten ihre Wettbewerbsfähigkeit durch eine Mischkalkulation bei den Lohnkosten, die ihnen das Outsourcing und Offshoring ermöglicht. Dies hat zur Folge, dass die ansässigen Arbeitnehmer ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die deutschen Arbeitnehmer stehen heute im Wettbewerb mit Arbeitern der exkommunistischen Länder und mit Maschinen, die die Arbeit billiger verrichten können als sie selbst. Mittlerweile sind sehr viele Personengruppen von diesem Effekt betroffen, vor allem die deutschen Industriearbeiter, die mit Hilfe der Gewerkschaften sehr hohe Löhne aushandelten.

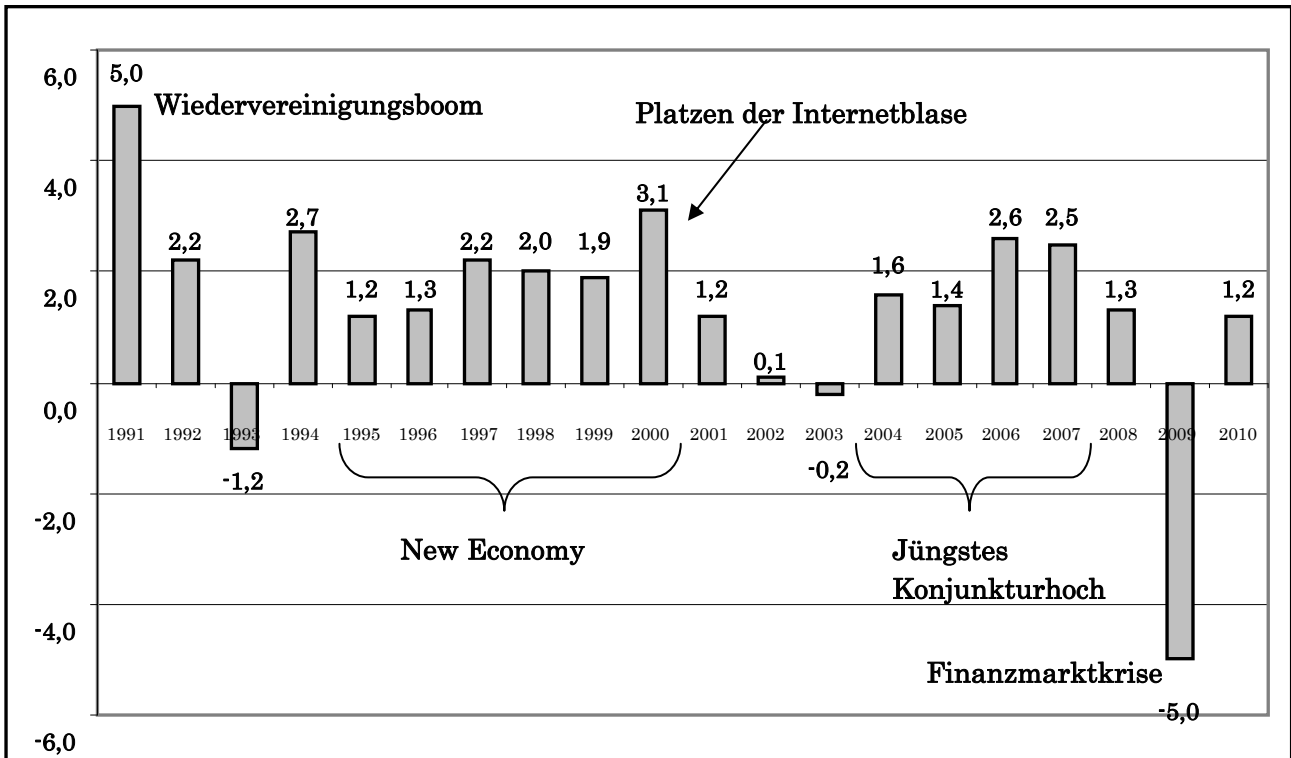
4.3 Strukturproblem versus Konjunkturproblem

Die einen Ökonomen interpretieren die dargestellte problematische Entwicklung der deutschen Wirtschaft als ein Strukturproblem durch Lohnstarrheit. Die anderen argumentieren, Deutschland leide an einem durch Defizite an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage entstandenen Konjunkturproblem. Es wird von der einen Seite eine Lohnflexibilität bzw. Lohnzurückhaltung zur Verbesserung der Attraktivität des Standortes gefordert, die andere Seite sieht schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme des Staates, sogar Lohnerhöhungen zur Anregung der Konsumnachfrage als Lösung an. Es gibt jedoch einige Argumente, die gegen das Nachfrage- und somit für das Strukturproblem sprechen.

Zum einen durchlief Deutschland im Rahmen der Wiedervereinigung ein erhebliches keynesianischen Nachfrageprogramm. Ein überwiegend kreditfinanzierter öffentlicher

Transfer von über 1.140 Mrd. Euro in die neuen Bundesländer, hätten zum einen enormen Wirtschaftsaufschwung auslösen müssen, wenn man davon ausgeht, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die wesentlichste Determinante der Wirtschaftsentwicklung ist. Es kam zwar 1990 bzw. 1991 zu einem vereinigungsbedingten Wirtschaftsboom, doch dieser war nur ein Strohfeuer, das bald wieder erlosch.

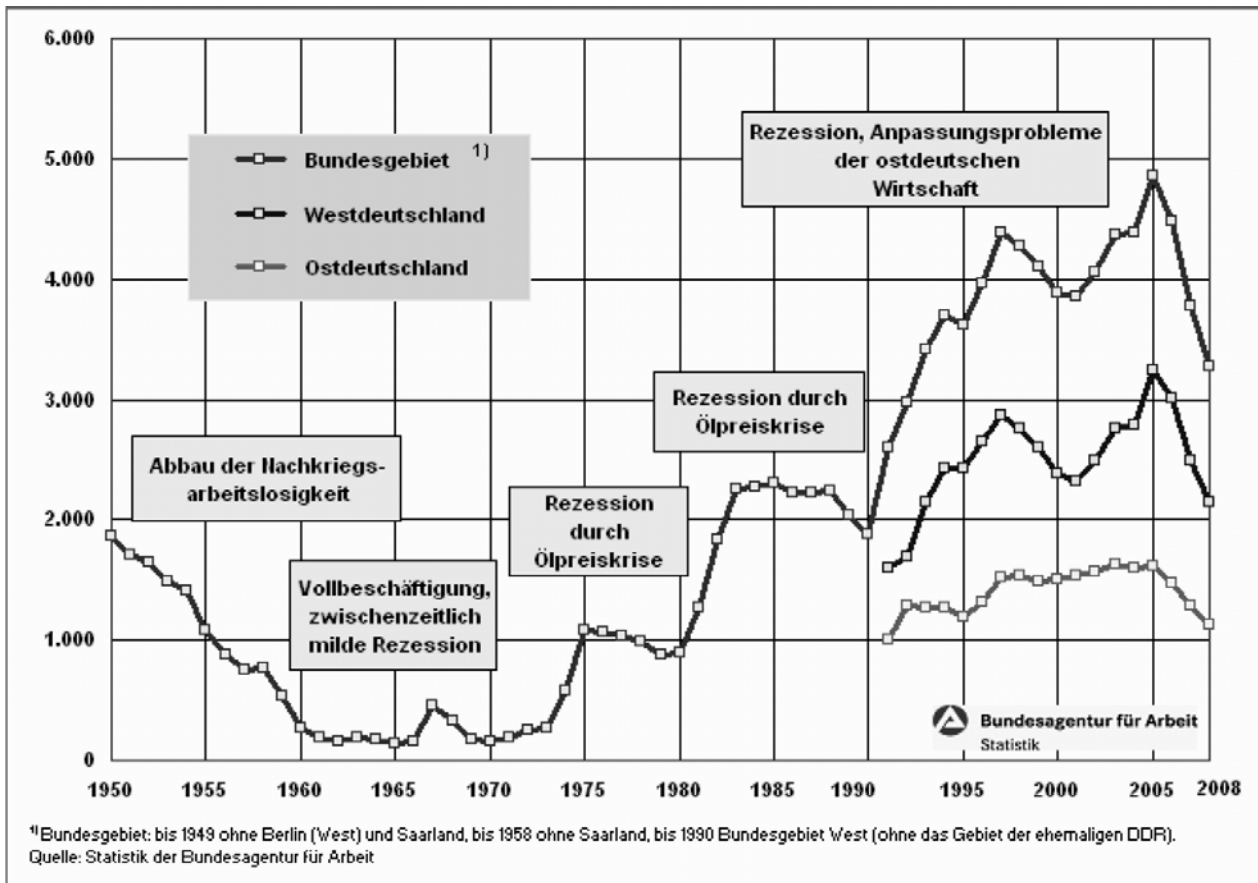
Abbildung 6: Konjunktorentwicklung in Deutschland



Quelle: IMF, Statistisches Bundesamt, ifo-Institut

Zum anderen zeigt die langfristige Entwicklung der Arbeitslosenzahl der letzten 40 Jahre, dass die Konjunkturschwankungen, die von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abhängen, zwar die Wirtschaftsentwicklung aber nicht die Zahl der Arbeitslosen beeinflusst (vgl. Sinn, 2007, S. 23).

Abbildung 7: Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland in Tausend



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik, 14.07.2009

Die Arbeitslosigkeit ließ sich durch durchgeführte Konjunkturmaßnahmen nach Schätzungen der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) lediglich nur um ein Siebtel reduzieren. Der noch fehlende Teil ist auf angebotsseitige Ursachen zurückzuführen und lässt sich demnach nur durch Veränderungen der Löhne und Preise anpassen.

Auch die privaten Investitionen spielen hierbei eine Rolle, denn sie stellen über einen Nachfrageeffekt einen wichtigen Motor der Konjunktur dar, erhöhen die Produktionskapazität und können daher neue Beschäftigung schaffen. In Deutschland fehlt diese Art von Investitionen auf Grund des Standortproblems, denn ob es sich lohnt zu investieren, wird durch die Qualität des Standortes und seine Kosten bestimmt. Die standortrelevanten Kosten, also vorrangig die nationalen Löhne und Steuern sind in Deutschland viel zu hoch mit der Folge, dass die Entscheidung zu investieren oft negativ ausfällt.

Die dargestellte Situation verdeutlicht, dass in Deutschland von einem Strukturproblem auszugehen ist. Die langfristige Wachstumsschwäche ist Folge einer über Jahrzehnte aufgebauten Massenarbeitslosigkeit, verursacht durch das politische Verlangen nach Steuergeldern und Starrheit im Lohnsystem.

4.4 Auswirkungen des Faktorpreisausgleichstheorems

Während sich das Ricardo-Modell auf die unterschiedliche Arbeitsproduktivität bezieht, haben die Schweden Eli Heckscher und Bertil Ohlin untersucht, welchen Einfluss die Faktorausstattung eines Landes im Hinblick auf die komparativen Kostenvorteile hat (vgl. Heckscher, 1919; Ohlin, 1933). Sie kamen zu dem Ergebnis, dass je reichhaltiger ein Land mit einem bestimmten Faktor ausgestattet ist, desto relativ günstiger werden die Preise des Faktors sein. Hierbei kommt es auf die relative Faktorausstattung an, also das Verhältnis, in dem diese Faktoren in den Ländern vorhanden sind (vgl. Ströbele/Wacker, 2000, S.30). Selbst wenn gleiche Produktionsbedingungen in zwei Ländern vorherrschen, kann sich der internationale Handel lohnen. Dies ist dann der Fall, wenn Unterschiede in der Ausstattung der Produktionsfaktoren bestehen. Relativ kapitalreiche Länder exportieren demnach kapitalintensive und importieren arbeitsreiche Produkte im Gegensatz dazu exportieren arbeitsreiche Länder arbeitsintensive und importieren kapitalreiche Produkte (vgl. Sperber/Sprink, 2007, S.8).

Das Faktorpreisausgleichstheorem ist eine Weiterentwicklung des Heckscher-Ohlin-Theorems (vgl. Samuelson, 1949, S. 181 ff.). Es besagt, dass sich die Faktorpreise von Arbeit und Kapital im Inland durch die Aufnahme von Außenhandel an die Faktorpreise von Arbeit und Kapital im Ausland annähern. Diese Anpassung resultiert aus dem internationalen Ausgleich der relativen Güterpreise durch Freihandel. Dieser Effekt resultiert daraus, dass der internationale Güterhandel indirekt den Austausch von Produktionsfaktoren beinhaltet (vgl. Drews, 2008, S. 140).

Es stellt sich nun die Frage, welche Auswirkungen auf die Preise der Produktionsfaktoren (Löhne für den Faktor Arbeit und Zinsen für den Faktor Kapital) zu erwarten sind. Dies lässt sich an Hand des Beispiels der Länder Deutschland und China erläutern. Deutschland ist relativ betrachtet kapitalreicher als China, wird demnach kapitalintensive Güter wie zum Beispiel Maschinen nach China exportieren. China ist im Gegensatz dazu mit mehr Arbeitskräften ausgestattet und wird Deutschland mit arbeitsintensiven Gütern wie Bekleidung beliefern. Dies hat zur Folge, dass das reichlich vorhandene Kapital in Deutschland vermehrt nachgefragt wird, also knapper wird und dadurch der Preis für das Kapital, der Zins steigt. In China hingegen werden durch das vorhandene Angebot an Arbeitskräften diese zunehmend nachgefragt, wodurch das Angebot knapper wird und der Preis für den Produktionsfaktor Arbeit, also der Lohn zunehmen wird. Insgesamt hat dieser Prozess zur Folge, dass sich die Faktorpreise, für Löhne und Zinsen der beiden Länder tendenziell angleichen. Am Beispiel von Deutschland und China wird ersichtlich, dass man für einen Prozess der Annäherung der Preise keine Arbeitsmärkte benötigt, die direkt durch Wanderungsprozesse miteinander verbunden sind. Oft genügen ein freier Güterverkehr und ein freier Kapitalverkehr. Diese schaffen zwischen den beteiligten Ländern faktisch einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, auf denen es keine großen Lohnunterschiede mehr geben kann. Wenn die Güterpreise sich durch den Handel annähern und auch der Kapitalverkehr zu einer Annäherung der Kapitalrenditen beiträgt, gilt dies auch analog für die Arbeitslöhne.

In der Nachkriegszeit haben die deutschen Arbeitnehmer von diesem Faktorpreisausgleichstheorem profitiert, da sie als ehemaliges Niedriglohnland mit Hochlohnländern wie zum Beispiel den USA konkurrieren mussten. Die amerikanischen Löhne kamen dadurch unter Druck und Deutschlands Löhne wurden

nach oben angepasst. In den 1970er Jahren überholte Deutschland sogar die USA. Es folgten viele Eintritte von Niedriglohnländern, die sich durch die Liberalisierung ihrer Märkte auch beteiligten und von diesem Faktorpreisausgleich profitierten. Die Deutschen haben sich jedoch zu Verlierern dieses Prozesses entwickelt, da die ausländische Niedriglohnkonkurrenz erheblichen Druck auf ihre starren Löhne ausübt. Die Arbeitskosten im Vergleich zu anderen Ländern zeigen die verschärfte Wettbewerbssituation für Deutschland. In 2007 beliefen sich die Arbeitskosten im westdeutschen verarbeitenden Gewerbe im Schnitt auf 34,30 Euro je Arbeitnehmerstunde (Deutschland gesamt 32,00 Euro). Das war weltweit der vierthöchste Wert nach Norwegen (40,10 Euro), Belgien (35,80 Euro) und Schweden (34,50 Euro). In Polen kostete eine Arbeitsstunde nur 6,10 Euro (vgl. IW, 2008). Schuld an der Misere der zu hohen deutschen Arbeitskosten haben zum einen die Gewerkschaften, die durch ihre Form der Lohnpolitik den Arbeitern eher Schaden zugefügt als ihnen geholfen haben und der Staat selbst, der sich durch die gesetzte Lohnuntergrenze der Lohnersatzleistungen als Konkurrent der privaten Wirtschaft etabliert hat.

Es wird deutlich, dass in den letzten Jahrzehnten die Gesetzmäßigkeiten des internationalen Faktorpreisausgleichs in Deutschland insbesondere durch starre und hohe Lohn- bzw. Gehaltsabschlüsse missachtet wurden. Jeder Versuch Lohnanpassungen nach unten zu verhindern, zum Beispiel durch Mindestlohnregelungen gehen zu Lasten der Arbeitsplätze.

4.5 Fehlende Investitionen im Rahmen zunehmender Globalisierung

Entscheidungen über private Investitionen sind stets in die Zukunft gerichtet. Ein zusätzliches Investitionsprojekt wird nur dann realisiert, wenn der erwartete Marktwert des Projektes die Investitionskosten übersteigt. Im Jahr 2004 gingen die deutschen Investitionen zurück, obwohl sich gleichzeitig die Welt in einem konjunkturellen Aufschwung befand (vgl. Sinn, 2007, S. 35 ff.). Das Investitionstief wirkte sich negativ auf den Arbeitsmarkt und die Binnennachfrage aus. Immer mehr Arbeitsplätze fielen weg, die auf Grund der schwierigen Situation nicht anderweitig kompensiert werden konnten.

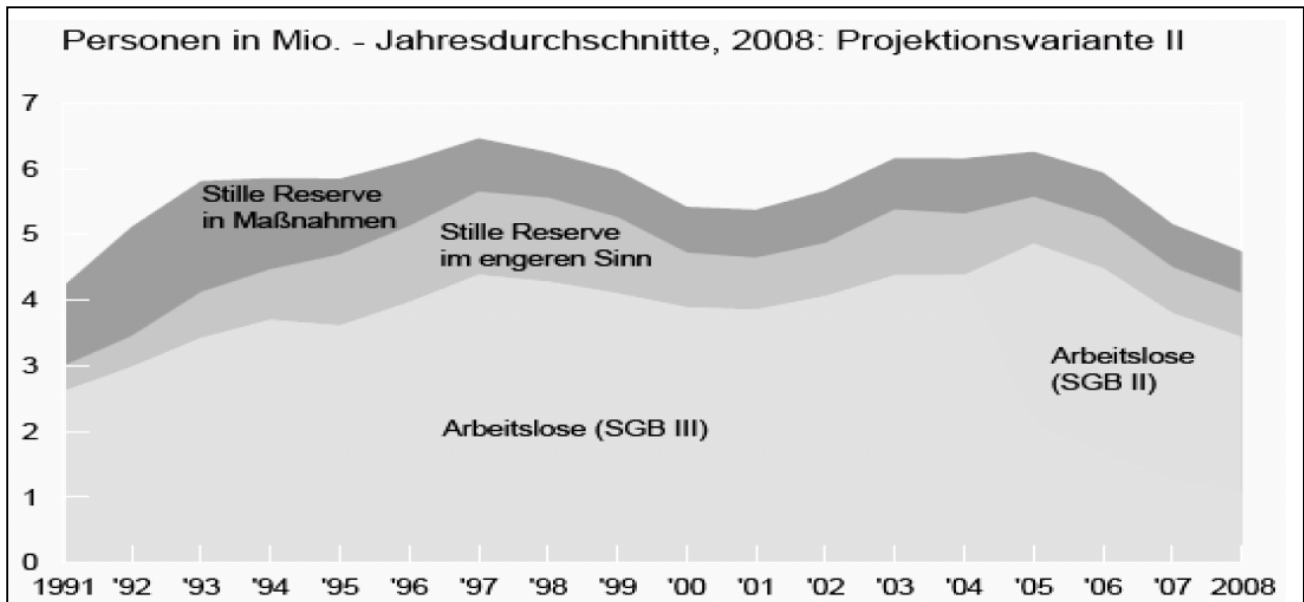
Der in der Vergangenheit hohe Außenbeitrag zum BIP zeigt, dass zunehmend Kapital ins Ausland floss und daher nicht für eine Ausdehnung der inländische Produktion und Beschäftigung zur Verfügung stand. Die im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern nach wie vor sehr niedrige Nettoinvestitionsquote illustriert dies anschaulich. Sie gibt Aufschluss darüber, welche Anstrengungen seitens der Unternehmen und des Staates unternommen werden, um den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock und damit letztlich das Produktionskapital einer Volkswirtschaft auszuweiten. Während 1991 die Quote bei 12 Prozent des BIP lag, waren es im Jahr 2006 gerade noch gut 2 Prozent. Erst in den letzten beiden Jahren zog die Nettoinvestitionsquote wieder deutlich auf knapp 4 Prozent an (vgl. Räh/Braakmann), 2007, S. 13 ff.).

Ausschlaggebend für die Investitionstätigkeit und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist die Standortqualität eines Landes. In Deutschland ist diese Qualität unzureichend in Folge zu hoher standortrelevanter Kosten vor allem der Löhne und Steuern.

4.6 Sozialstaat Deutschland und die damit verbundene Krise

Das zentrale Problem der deutschen Volkswirtschaft ist die entstandene Massenarbeitslosigkeit und die damit verbundene finanzielle Krise, die das Resultat einer lang andauernden Entwicklung ist. Auf Grund der anhaltenden Strukturprobleme ist auch nicht mit einem signifikanten Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Abbildung 8: Arbeitslosigkeit und Stille Reserve 1991 – 2008



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB (FB 4)

2005 lag die Arbeitslosigkeit mit fast fünf Mio. auf dem höchsten Stand der Nachkriegszeit, selbst wenn man die offiziellen Zahlen um Sondereffekte wegen der Hartz-IV-Reform bereinigt. Bis Ende 2008 war die Zahl der Arbeitslosen zwar rückläufig, aber mit knapp drei Mio. sind es immer noch zu viele, die keinen Beitrag zum Sozialprodukt leisten. Die registrierte Arbeitslosigkeit macht den größten Teil der gesamten Unterbeschäftigung aus, doch sollte man auch die verdeckte Arbeitslosigkeit nicht außer Acht lassen. In der Grafik wird dieser Bereich als stille Reserve bezeichnet. Personen, die in den Bereich der stillen Reserve in Maßnahmen fallen, nehmen an arbeits- oder sozialpolitischen Maßnahmen verschiedener Art teil. Dazu gehören zum Beispiel berufliche Weiterbildung oder Vorruhestandsregelungen. Die stille Reserve im engeren Sinn besteht aus Personen, die unter günstigeren Bedingungen am Arbeitsmarkt aktive Arbeit suchen würden, die aber weder arbeitslos gemeldet sind noch in Maßnahmen stehen (vgl. IAB, 2008). 2008 fielen in diesen Bereich der Arbeitslosigkeit schätzungsweise knapp über eine Million Menschen.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind nicht nur die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften, die sich für die hohen Löhne massiv eingesetzt haben, sondern auch der Staat selbst. Es kam zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten und zu hohen Lohnanforderungen, die aus dem entwickelten Lohnersatzsystem resultieren, das sich zum Konkurrenten der privaten Wirtschaft und zum Lohnreiber auf dem Arbeitsmarkt etabliert hatte. Vor etwa 30 Jahren lag die Sozialhilfe noch weit unter dem Durchschnittslohn. Von 1970 bis 2004 stieg die durchschnittliche Sozialhilfe etwa auf das Vierfache, während die durchschnittliche Nettolohn-/gehaltssumme nur auf

das rund Dreifache anwuchs (vgl. Sinn, 2005, S. 85). Somit sind die Geldleistungen der Sozialhilfe schneller gestiegen als die Durchschnittslöhne.

Bezeichnend für die Fehler der Politik sind z. B. die Frühverrentungs- und Vorruhestandsmodelle der vergangenen Jahre. Als die Arbeit ausging, versuchte man die vorhandene Arbeit durch staatliche Mithilfe neu zu verteilen. Ältere Arbeitnehmer wurden vorzeitig aus dem Arbeitsprozess herausgenommen und vom Staat versorgt, um Platz für Jüngere zu machen (statistischer Trick: Rentner zählen nicht zu den Arbeitslosen.). Obwohl allein im Jahr 2004 1,02 Mio. Menschen im Vorruhestand waren, stieg die Arbeitslosigkeit (vgl. Sinn, 2005, S. 76 ff.). Ökonomisch ist Frührente ein Lohnersatz mit der Folge, dass sie bei den Berechtigten einen Anspruchslohn erzeugt, den die Unternehmen überbieten müssen, wenn sie ältere Arbeitnehmer beschäftigen wollen. Der Staat wird zum Lohnreiber, so dass die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer in Deutschland nur noch bei 39% liegt (vgl. OECD, 2005, Tab. C, S.241 ff.), was heute laut beklagt wird. Bei niedrigeren Lohnkosten wären mehr ältere Arbeitnehmer beschäftigt gewesen, ohne dass dies zu Lasten der Jüngeren gegangen wäre. Aber die Älteren wären schlechter gestellt und auch die Renten wären niedriger gewesen.

Lohnersatzpolitik wurde aber auch bei den gering Qualifizierten betrieben. Sozialhilfe ist eine Lohnersatzleistung, mit der der Sozialstaat zum Konkurrenten der privaten Wirtschaft wird, in dem er Lohn für das Nichtstun zahlt, der von den Unternehmen überboten werden muss, wenn ein Arbeitsverhältnis geschaffen werden soll. Die Sozialhilfe wird so zur absoluten Untergrenze im Tarifgefüge (vgl. Sinn, 2005, S. 81). Jeder Versuch hierzulande eine Lohnanpassung nach unten etwa durch staatliche Mindestlohnregelungen zu verhindern, geht zu Lasten von Arbeitsplätzen (vgl. Prinz/Kasten, 2006, S. 222 ff.; Schlichting/Reinbach, 2007, S. 523 f.; Schlichting, 2009, S. 563). Hinzu kommt, dass das Kapital ermutigt wird in Niedriglohnländer abzuwandern, wodurch sich die negativen Folgen verstärken.

Obwohl im Jahr 2007 ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, verursachte diese immer noch gesamtfiskalische Kosten in Höhe von rund 68 Mrd. Euro; die Kosten für einen Arbeitslosen betragen 17.900 Euro. Der Bund und die Bundesagentur für Arbeit tragen mit 56 Prozent die Hauptlast. Aber auch die Länder und Gemeinden sowie andere Sozialversicherungsträger, insbesondere die Rentenversicherung sind erheblich betroffen. Diese Unterbeschäftigung verursacht hohe gesamtwirtschaftliche Verluste, die zu Mehrausgaben und Mindereinnahmen in den öffentlichen Haushalten führen und damit die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft belasten. Die Arbeitslosigkeit in 2007 führte zu Einnahmeausfällen für den Staat durch niedrigere Steuereinnahmen und geringere Sozialbeiträge in Höhe von 33 Mrd. Euro, das entspricht 48 Prozent der gesamtfiskalischen Kosten. Neben dem hohen Aufwand für die Arbeitslosigkeit müssen zusätzlich erhebliche Kosten für das Sozialbudget mit 706 Mrd. Euro (29 Prozent des BIP) durch den Staatshaushalt finanziert werden (vgl. IAB, 2008).

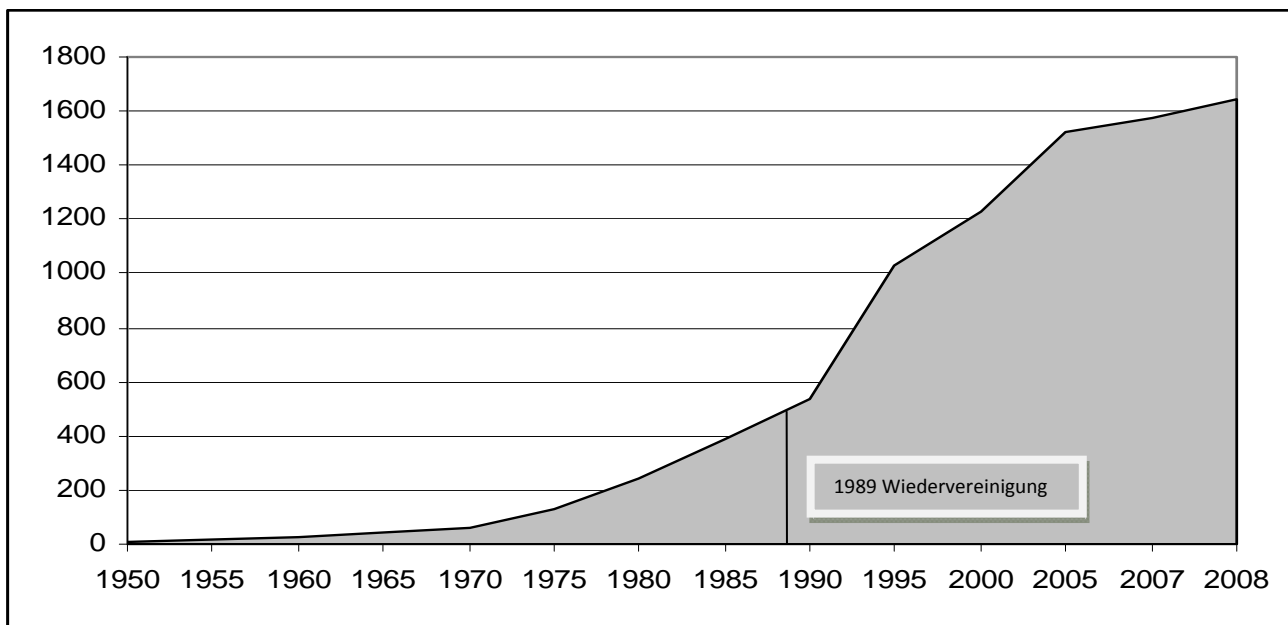
4.7 Staatsverschuldung

Durch die Währungsreform 1948 und der damit verbundenen Annullierung der hohen Staatsschulden begann die Schuldenentwicklung in der Nachkriegszeit zunächst sehr verhalten. Einen ersten deutlichen Anstieg verursachten die 1970er Jahre, als

Konjunkturprogramme und umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen den Schuldenstand des Bundes von knapp 25 Mrd. Euro auf über 157 Mrd. Euro mehr als versechsfachten. Ein zweiter deutlicher Anstieg kam mit der Wiedervereinigung. Der Nettotransfer öffentlicher Mittel, die von Westdeutschland nach Ostdeutschland flossen, lag bereits bis 2003 bei etwa 935 Mrd. Euro (vgl. Sinn, 2004, S. 273 f.). Auch die schwache Konjunktur der 1990er Jahre die zu erheblichen Steuerausfällen führte, die außergewöhnlichen finanziellen Belastungen der hohen Arbeitslosigkeit und der sehr teuren Sozialleistungen, die den Bund und die Länder mit jährlichen Mehrausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe belasten, haben zur heutigen hohen Staatsverschuldung beigetragen. Die Staatsschulden wachsen seit Jahren wesentlich schneller als die Volkswirtschaft. Zwischen 1993 und 2005 stieg das BIP lediglich um 53 Prozent im Gegensatz zur Staatsverschuldung mit unfassbaren 155 Prozent. Derzeit sind Bund, Länder und Gemeinden mit fast 1,6 Billionen Euro verschuldet. Der Staat muss jährlich zwischen 64 und 70 Mrd. Euro allein für Zinszahlungen ausgeben.

Deutschland hat in der Vergangenheit hohe Summen mit Hilfe von Fremdkapital finanziert, für die sich das Land heute neu verschulden muss, um die anfallenden Zinsen zahlen zu können. Die Wirtschaft müsste demnach umso stärker wachsen, je höher die Staatsverschuldung gemessen am BIP ist, damit der Staat in der Lage ist, seine Zinszahlungen durch vergangene Kreditaufnahmen über zusätzliche Einnahmen finanzieren zu können. Dies ist in Deutschland nicht der Fall, daher fehlen diese Mittel, und es bleibt nur noch die Finanzierung der Zinsen über neue Schulden.

Abbildung 9: Deutsche Staatsverschuldung in Mrd. Euro 1950 - 2008



Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 2009

Abbildung 9 verdeutlicht die enorme Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland. Obwohl im Grundgesetz eine Schuldenregelung verankert ist, gelang es dem Bund nicht, diese hohe Verschuldung zu vermeiden. Es geht hierbei um die zukünftige Handlungsfähigkeit des Staates, die durch den ständig steigenden Schuldenstand nachhaltig gefährdet wird. So werden Spielräume der öffentlichen

Haushalte durch die Zinslasten eingeengt, diese Belastung kann zu starken Einschränkungen bei der Erfüllung der staatlichen Aufgaben führen. Generell schadet die Staatsverschuldung der Wirtschaft und ist nur mit wenigen Argumenten und in bestimmten Fällen zu rechtfertigen. Zum Beispiel durch „tax smoothing“, als intertemporale Budgetbeschränkung, um Effizienzverluste der Besteuerung zu reduzieren (vgl. Brümmerhoff, 2001, S. 602) oder als konjunktureller Glättung.

Ende 2008 beläuft sich die Staatsverschuldung auf 1.642 Mrd. Euro. Der Gesamtschuldenstand der öffentlichen Hand wird im Jahr 2008 bei circa 65 Prozent des BIP liegen, und die Defizitquote wird auf 5 Prozent des BIP anwachsen (vgl. Bund deutscher Steuerzahler, 2008). Die Konvergenzbedingungen von Maastricht beinhalten die Auflage, dass die Neuverschuldung eines Landes drei Prozent des BIP nicht überschreiten darf und die Staatsverschuldung unter 60 Prozent des BIP liegen muss (vgl. Lachmann, 2004, S. 283).

Die institutionellen Grenzen der Staatsverschuldung, die das Grundgesetz und der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt formal setzen, sind aber politisch kaum durchsetzbar. Politiker, die ihre Wiederwahl anstreben, haben kein Interesse daran, Ausgaben zu kürzen, um das Budget wieder auszugleichen, da sie sonst vom Wähler durch Nichtwahl „bestraft“ werden.

Festzustellen ist, dass die politische Macht verantwortungslos in den letzten Jahrzehnten die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten missachtet hat und dadurch die Stabilität gefährdet und die zukünftigen Generationen übermäßig belastet hat.

4.8 Steuerbelastung

Die steuerlichen Rahmenbedingungen haben sich in Folge des globalen Wettbewerbs in den letzten Jahren für die Unternehmen, insbesondere die Kapitalgesellschaften verbessert. So ist die Ertragssteuerbelastung der Kapitalgesellschaften auf unter 30 Prozent reduziert worden. Dadurch wurde ein Steuersatz im europäischen Mittelfeld erreicht. Legt man die Daten eines bestimmten Investitionsfalls zugrunde, bestehen auf der Unternehmensebene immer noch Differenzen der effektiven Durchschnittssteuerbelastung zwischen den Ländern von bis zu 17,3 Prozent. Dies ist der Unterschied zwischen Deutschland mit 29,8 Prozent und Irland mit 12,5 Prozent. Es wird sich zeigen, ob die durchgeführte Steuersenkung ausreichend ist.

Wesentlich behindert wird die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in erheblicher Weise durch das komplizierte deutsche Steuersystem und die komplexen Verwaltungsabläufe. Die Folge ist ein negativer Einfluss auf die Standortqualität, der durch die von den Unternehmen zu zahlenden Sozialabgaben auf die Arbeitseinkommen ihrer Mitarbeiter verstärkt wird. Ihre Höhe liegt zwar ebenfalls im europäischen Mittelfeld, jedoch wird dadurch der Faktor Arbeit wesentlich verteuert. Die in 2007 erfolgte Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung - finanziert durch die Mehrwertsteuererhöhung – hat zwar dazu beigetragen, die Lohnkosten geringfügig zu senken, ist aber noch unzureichend.

5 MÖGLICHE LÖSUNGSANSÄTZE ZUR VERBESSERUNG DER SITUATION IN DEUTSCHLAND

Globalisierung bedeutet die rasante Zunahme der internationalen Arbeitsteilung, wodurch sich der Wettbewerbsdruck auf den verschiedensten Märkten erhöht. Die deutsche Situation ist durch hohen Export, gleichzeitig geringem Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit geprägt. Dabei ist der hohe Export trügerisch, da die reale Wertschöpfung der deutschen Industrie zugunsten des Auslands fällt und immer mehr Waren nur noch durchgehandelt werden. Verantwortlich für diese Entwicklung ist eine Politik, die sich vehement gegen ökonomische Naturgesetze stemmt. Notwendige und mögliche Reformen müssen nicht zwangsläufig durch soziale Kälte gekennzeichnet sein. Diesen Reformmöglichkeiten bzw. Lösungsansätzen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland soll im folgenden nachgegangen werden.

5.1 Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich

In der internationalen Rangskala der jährlichen Arbeitszeit stehen die Deutschen ganz unten. Eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich wird wie vieles kontrovers diskutiert. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht würde diese Lösung zu einer Reduzierung der durchschnittlichen Lohnkosten pro Stunde führen, wodurch die Arbeit an sich preiswerter würde (vgl. Töpfer, 2007, S. 141). Es käme zu einer Verbesserung der Attraktivität des Standortes Deutschland und die Arbeitsplätze wären vor einer Verlagerung in die Länder der Niedriglöhne sicherer.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht steht den Menschen durch diese Maßnahmen zwar nicht mehr Einkommen für den Konsum zur Verfügung, allerdings würde sich ihre Situation bei drohendem Arbeitsplatzverlust noch schlechter darstellen mit der Folge, dass - langfristig betrachtet - das Gesamtvolumen der Konsumausgaben auch sinken würde (vgl. Töpfer, 2007, S. 141). Das Instrument der Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich wird bereits in der Automobilbranche aber auch bei Standorten der Siemens AG in Deutschland erfolgreich eingesetzt.

5.2 Flexibles Lohnsystem

Alle Bestrebungen den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten, scheiterten bisher am harten Widerstand der Gewerkschaften. Kritisiert werden hier vor allem die hohen Löhne, die von den Gewerkschaften hart erkämpft wurden. Sie liegen über dem Gleichgewichtspreis und nützen zwar denen, die noch eine Arbeitsstelle inne haben, aber schaden denen, die arbeitslos sind, da unter den vorgegebenen Umständen keine weiteren Stellen geschaffen werden können (vgl. Beck, 2008, S. 355).

Viele Ökonomen sehen die Gründe für die Arbeitslosigkeit auch in der Tarifpolitik, vor allem das System der starren Flächentarifverträge gerät unter Druck. Tarifverträge sind Kollektivvereinbarungen in Form von Arbeitsverträgen, die zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausgehandelt werden und dann für alle Mitglieder dieser Verbände verbindlich sind. Die Gewerkschaften haben sich diese zu

Nutze gemacht, um Lohnkartelle gegenüber den Arbeitgebern durchzusetzen (vgl. Britz/Volkmann, 2003, S. 1 f.).

Eine Möglichkeit dieses zu regulieren, läge in der Einführung von Öffnungsklauseln in den besagten Tarifverträgen. Man könnte damit erreichen, dass man mit Hilfe des noch sehr starren Flächentarifvertrages zum einen die Vorteile der zentralen Verhandlungsebene nutzen könnte, aber auf der anderen Seite ihn so flexibel gestalten, dass sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer einen verlässlichen Rahmen für die Höhe und die Struktur der Löhne und Arbeitsbedingungen hätten. Diese Regelung hätte den Vorteil, dass sich das System der Lohnfindung im Normalfall nicht verändern würde, und sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer könnten nach Bedarf auf die Öffnungsklauseln in ihren Tarifverträgen zurückgreifen. Dies würde zusätzlich eine Stärkung der Tarifautonomie zur Folge haben, da bei den Vertragsverhandlungen beide Parteien ein Mitspracherecht hätten (vgl. Eichhorst/Thode/Winter, 2004, S. 160).

Auch der gesetzliche Kündigungsschutz ist mit verantwortlich für die hohen Zahlen der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Diese gesetzliche Regelung soll zwar den Arbeitnehmer schützen, kann ihm aber auch schaden, indem die Arbeitsplatzsicherung verringert und die Arbeitslosigkeit vergrößert wird. Regelungen bezogen auf den Kündigungsschutz stellen für Unternehmen hohe Risiken dar, denn bei einem Rückgang von Absatz und Produktion ist der erforderliche Abbau des Personals nur schwer möglich und beinhaltet zusätzliche Kosten. Die Unternehmen sind demnach eher zurückhaltend was den Aufbau von neuen Stellen betrifft (vgl. Hax, 2002, S. 47 f.).

5.3 Aktivierende Sozialhilfe

Die notwendige Flexibilität der Lohnkosten würde zu Lohnsenkungen mit dementsprechenden Einkommenseinbußen für die Arbeitnehmer führen. Nicht selten würde dies zur Folge haben, dass Einkommen unter das Existenzminimum fallen. Um diesem entgegen zu wirken, legte das Münchner ifo-Institut bereits 2002 den Vorschlag der aktivierenden Sozialhilfe vor. Sie sieht anstatt der Gewährung von Lohnersatzleistungen eine finanzielle Unterstützung von Geringqualifizierten vor und könnte bei dessen Umsetzung (Stand 2002) für 3,2 Mio. gering qualifizierte Arbeitslose neue Möglichkeiten der Beschäftigung realisieren. Zudem entstünden zusätzliche fiskalische Einsparungen in Höhe von 7,7 Mrd. Euro, die sich langfristig auf rund 21 Mrd. erhöhen würden (vgl. Egle/Nagy, 2005, S. 449 ff.).

Die aktivierende Sozialhilfe soll vor allem auch die Empfänger von Arbeitslosengeld II wieder in die Beschäftigung bringen. Das Modell hat drei Kernelemente:

Erstens werden die niedrigen Löhne durch staatliche Subventionen bezuschusst, wodurch ein gewisser Anreiz für Personen entsteht, eine Arbeit aufzunehmen. Denn je mehr gearbeitet und verdient wird, umso mehr zahlt der Staat zum Niedriglohn hinzu. Die reduzierte staatliche Sozialleistung an Langzeitarbeitslose wird bei Bruttolöhnen bis zu 500 Euro nicht abgeschmolzen. Für Einkommen unter 200 Euro sind keine Beiträge für Sozialversicherungen abzuführen, es wird zusätzlich ein Lohnzuschuss von 20 Prozent gezahlt. Bei Löhnen zwischen 200 und 500 Euro monatlich wird der Lohnzuschuss konstant gehalten, aber es fallen nun

Sozialversicherungsbeiträge an. Mit diesem Verfahren hätte der Arbeitnehmer bereits mit einem Halbtagsjob einen höheren Verdienst, als er durch die Transferleistungen beziehen würde.

Zweitens werden für arbeitsfähige Personen, die nicht arbeiten wollen die Auszahlungen des Arbeitslosengeldes II um 30 Prozent gesenkt und drittens erhält derjenige, der kein Beschäftigungsverhältnis angeboten bekommt einen Vertrag über ein Leiharbeitsverhältnis in seiner Kommune und wird dann über Zeitarbeitsagenturen an die private Wirtschaft ausgeliehen. Die Arbeitnehmer würden auf diesem Weg ein Transfereinkommen in Höhe des heutigen Arbeitslosengeldes II erhalten. Die Bedürftigen die nicht arbeiten können, erhalten dauerhaft Unterstützung durch die aktivierende Sozialhilfe (vgl. Sinn, 2006).

Nach den Berechnungen des ifo-Instituts kann die aktivierende Sozialhilfe langfristig für Vollbeschäftigung sorgen, wenn die Gewerkschaften ein Absinken der Löhne um 33 Prozent zulassen, was dann durch zusätzliche staatliche Subventionen wieder aufgefangen werden würde. Es entstehen bei diesem Modell auch keine zusätzlichen fiskalischen Lasten, da die Einsparungen bei den Kosten für das Arbeitslosengeld II und die zusätzlichen Sozialversicherungseinnahmen für die Mehrbeschäftigung dafür ausreichen würden (vgl. Arnold, 2006, S. 81).

5.4 Investitionen in Humankapital

Spätesten seitdem in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Theorie des Humankapitals entwickelt worden ist, nach der ein Großteil des wirtschaftlichen Wachstums weniger auf materielle Investitionen als auf gewonnene menschliche Fähigkeiten und Kenntnisse beruht, dürfte kaum noch ernsthaft bezweifelt werden, dass sich die Wohlfahrt und die Arbeitsproduktivität durch Investitionen in Bildung, Ausbildung, Gesundheit und soziale Sicherungsnetze verbessern lässt (vgl. Schlichting, 2006, S. 18). Investitionen in Humankapital und den Bereich der Entwicklung und Forschung stellen somit eine zentrale Voraussetzung für eine Volkswirtschaft wie Deutschland dar, wenn es wieder zu einer Steigerung des Wachstums und einer Reduktion der Arbeitslosigkeit kommen soll.

Investitionen in Humankapital ermöglichen es, sich in produktiver Weise in die Gesellschaft einzubringen. Hierbei spielt es keine Rolle, ob es sich um Kinder handelt, die ihre Bildung erst durchlaufen müssen oder um Arbeitnehmer, die es gilt zu motivieren und weiterzubilden. Eine Steigerung der oft fehlenden Arbeitsproduktivität im Bereich der gering Qualifizierten lässt sich zum Beispiel durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen umsetzen.

Da Deutschland keine natürlichen Ressourcen aufweisen kann, müssen die Defizite durch Ideen und Innovationen ausgeglichen werden, um im internationalen Wettbewerb an die Spitze zu kommen. Nur mit motivierten und entsprechend ihren Fähigkeiten ausgebildeten Menschen lassen sich diese Ideen entwickeln und hochwertige Produkte und Dienstleistungen anbieten, die Deutschland im globalen Wettbewerb Marktchancen sichern kann. Bildung als unser einziger Rohstoff ist die beste Antwort auf die Globalisierung. Es ist demnach zwingend notwendig, auf diesem Gebiet zu fördern.

Bildung kostet zwar Geld, aber schlechte noch viel mehr. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2009 sieht zwar eine Erhöhung um acht Prozent der Ausgaben für Bildung und Forschung (vgl. BMBF, 2008) vor, aber es ist zwingend notwendig mehr zu investieren, um Deutschland wieder ein Stück nach vorne zu bringen. Ohne eine Steigerung der gesamtstaatlichen Bildungsaufgaben wird ein Bildungsaufbruch auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau nicht zu realisieren sein.

Eine Senkung der Ausgaben für Soziales wäre eine Möglichkeit Geld für Investitionen in Bildung freizusetzen. Nur noch 41 Prozent der Menschen leben von ihrem Verdienst durch ihre Arbeit. Die anderen lassen es sich vom Staat ihr Leben finanzieren. Die rund 700 Mrd. Euro für soziale Leistungen werden durch die Arbeitnehmer und die Gewinne der Unternehmen finanziert. Das entspricht circa 30 Prozent des BIP (vgl. Dönsch, 2008).

5.5 Reduktion der Staatsverschuldung

Der stabilitätsgefährdenden Staatsverschuldung von derzeit rund 1,6 Billion Euro ist mit umfassenden Reformen der Wirtschaftspolitik entgegenzuwirken. Sämtliche staatliche Ausgaben sind auf ihre Notwendigkeit und Effizienz zu überprüfen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine bereits in anderen Ländern erprobte zeitlichen Begrenzung der Neuverschuldung. Ziel ist hierbei nicht, die Verschuldung abzubauen, sondern diese über den Konjunkturzyklus hinweg konstant zu halten. Auf diesem Weg möchte man konjunkturelle Defizite zulassen, strukturelle jedoch vermeiden. Die Stabilisierung der Verschuldung auf einem bestimmten Niveau führt zwar zu keiner Reduktion, jedoch bei einer wachsenden Wirtschaft zu einer sinkenden Verschuldungsquote. D.h. die Verschuldung wird realwirtschaftlich relativiert.

Deutschland verfolgte in den letzten Jahren eine antizyklische Konjunkturpolitik, das sogenannte „deficid spending“. In den Abschwungphasen wurde die Staatsverschuldung kräftig erhöht, in den Jahren des Aufschwungs stieg die Verschuldung zwar langsamer, aber dennoch weiter. 2007 war der Staatshaushalt ausgeglichen, aber ein Jahr reicht nicht aus, um einen derart hohen Überschuss des Haushaltes zu erwirtschaften, der ausreicht, um solche Programme zu finanzieren.

In der jetzigen weltweiten Wirtschaftskrise wird durch die geplanten schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme der Bundesregierung in Höhe von mehr als 80 Mrd. Euro und das zusätzliche Rettungspaket der Banken die notwendige Verringerung der Staatsverschuldung erheblich erschwert.

5.6 Verringerung der Abgabenlast

Die steuerlichen Rahmenbedingungen haben sich in Deutschland in den letzten Jahren für die Unternehmen, insbesondere die Kapitalgesellschaften verbessert. Aber das komplizierte Steuersystem und die komplexen Verwaltungsabläufe behindern weiterhin die Investitionstätigkeit. Außer weiteren Reduzierungen der Steuerlasten sind Reformen zur Vereinfachung des Steuersystems und der Verwaltungsabläufe notwendige Voraussetzungen zur Verbesserung der Standortqualität.

Neben einer nachhaltigen Kostendämpfung in den Sozialsystemen sollte eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialabgaben angestrebt werden. Wie bereits durch die erfolgte Senkung der Arbeitslosenversicherung, die durch die Mehrwertsteuererhöhung finanziert wurde, konnten die zu hohen Belastungen der Arbeitseinkommen durch Sozialabgaben weiter gesenkt werden.

Um die wirtschaftliche Situation und die erforderliche Verbesserung der Standortqualität in Deutschland zu erreichen, müsste die Steuerbelastung für die Bürger und die Unternehmen weiter gesenkt werden. Dadurch ergeben sich Handlungsspielräume für Konsumnachfrage und vermehrte Investitionstätigkeiten.

Der sich hieraus ergebende Steuerausfall für den Staat würde sich zum Teil über ein folgendes Wachstum selbst finanzieren, den fehlenden Rest könnte man über die Streichung unrentabler Subventionen erreichen, denn das Subventionsvolumen in Deutschland beträgt jährlich fast 120 Mrd. Euro. Ein Beispiel für verzichtbare Subventionen sind sicherlich die reinen Erhaltungssubventionen für die Landwirtschaft oder den Steinkohlebergbau. Die Landwirte erhalten jährlich mit allen Zulagen mehr als eine Mrd. Euro, im Bereich des Bergbaus könnten fast drei Mrd. Euro eingespart werden (vgl. Hilbig, 2003). Diese und weitere notwendige Maßnahmen sind bisher am Widerstand der jeweiligen Interessenverbände und den wahlpolitischen Erwägungen der verantwortlichen Politiker gescheitert.

6 ZUSAMMENFASSUNG

Es konnte gezeigt werden, dass politische Macht nicht gegen die ökonomischen Gesetze der Globalisierung regieren kann. Nachdem zunächst die allgemeinen Ursachen und Folgen der Globalisierung aufgezeigt wurden, veranschaulichte diese Arbeit vor allem die Auswirkungen wirtschaftspolitischen Handelns, wenn man sich gegen die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten im Rahmen der Globalisierung richtet. Es entstand Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung und ein nicht mehr zu finanzierender Sozialstaat.

Deutschland war in den letzten Jahren nicht mehr in der Lage, flexibel auf die Kräfte der Globalisierung zu reagieren. Das Land muss die zunehmende Globalisierung als Chance für wachsenden Wohlstand sehen und die entstandenen Kräfte zum eigenen Vorteil nutzen. Dies erfordert eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik und umfassende Reformen vor allem in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

LITERATUR UND QUELLENVERZEICHNIS

- Arnold, L. (2006)
Makroökonomik, Tübingen
- Beck, Bernhard (2008)
Volkswirtschaft verstehen, Zürich
- Britz, G. / Volkmann, U. (2003)
Tarifautonomie in Deutschland und Europa, Tübingen
- Brümmerhof, D. (2001)
Finanzwissenschaft, München
- Bund deutscher Steuerzahler (2008)
www.steuerzahler.de (login 12.12.09)
http://steuerzahler.de/webcom/show_article.php/_c43/_nr6/i.html?PHPSESSID=795e2a45047cb9584e4658618934d3d7
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2008)
„Zukunftsinvestitionen haben für die Regierung Priorität“ in Pressemitteilung
117/2008 vom 02.07.2008
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2008):
(login vom 17.12.2008)
http://www.bmz.de/de/wege/multilaterale_ez/akteure/wio/wto/index.html
- Bundesverband der deutschen Industrie e.V. (2002)
Außenwirtschaftsreport 2002
- Bundeszentrale für politische Bildung (2006)
www.bpb.de (login 23.12.2008)
<http://www.bpb.de/veranstaltungen/P6NRIL,0,0,Telefonie.html>
http://www.bpb.de/veranstaltungen/9MBOB6,0,0,Grenz%FCberschreitender_Handel_von_Devisen_Wertpapieren_und_Krediten_und_Portfolioinvestitionen.html
- Deutscher Bundestag (1999)
„Volkswirtschaften verbinden: Direktinvestitionen, transnationale Unternehmen und den Mittelstand unterstützen“, (login vom 20.12.2008)
http://www.bundestag.de/gremien/welt/glob_end/11_1_5_5.html
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2008)
www.dsw-online.de (login vom 18.12.2008)
- Dönsch, U. (2008)
„Lafontaine zahlt alles - oder?“ in: Focus vom 05.03.2008
- Drews, D. (2008)
Skill Premia & Supply Chains, Marburg
- Dudenhöffer, F. (2006)
„Wie viel deutsch ist in einem Auto?“, in: Handelsblatt vom 27.01.2006

- Egle, F. / Nagy, M. (2008)
Arbeitsmarktintegration, München
- Eichhorst, W. / Profit, S. / Thode, E. (2004)
Benchmarking Deutschland 2004, Heidelberg
- FAZ (2008)
Stabiles Südamerika, 08.01.2008
- Hardt, C. (2005)
„Made in Germany? Eine Sinn-Krise?“, in: Handelsblatt vom 23.08.2005
- Hax, H. (2005)
Unternehmen und Unternehmer in der Marktwirtschaft, Göttingen
- Heckscher, E. F. (1919)
The Effect of Foreign Trade on the Distribution on Income, in: Economisk Tidskrift 21
- Heine, M. / Herr, H. (2003)
Volkswirtschaftslehre, München
- Hilbig, M. (2003)
„Milliardengrab Subventionen“ , in: Focus vom 30.06.2003
- Institut der deutschen Wirtschaft (2008)
„Wettbewerber im Vorteil“ , in: Pressemitteilung vom 24.09.2008
- Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (2008)
„Kosten der Arbeitslosigkeit gesunken“, in: IAB-Kurzbericht, 14/2008
- Internationale Handelskammer Deutschland (2007)
„Globalisierung: Wissen schafft Vertrauen“, in: Globalisierung verstehen, Köln
- Köhler, H. (2003)
„Die Herausforderung der Globalisierung und die Rolle des IWF“, in Rede an der Universität in Berlin vom 15.05.2003, Berlin
- Ders. (2003)
„Orientierung für eine bessere Zukunft“, in: Rede an der Universität in Tübingen vom 16.10.2003, Tübingen
- KPMG (2008)
KPMG`s Corporate and Income Tax Rate Survey 2008
- Kutscher, M. / Schmid, S. (2008)
Internes Management, 6. Auflage
- Lachmann, W. (2004)
Volkswirtschaftslehre 2, Heidelberg
- Lafontaine, O. / Müller, C. (1998)
Keine Angst vor der Globalisierung, Bonn
- Langhorst, C. (2008)
„Wohlstand durch Freihandel“, Konrad-Adenauer-Stiftung

- Moses, C. (2008)
 „Stabiles Südamerika“, in: FAZ vom 09.01.2008
- Ohlin, B. (1933)
 Interregional and International Trade, in: Harvard University Press, Cambridge, Mass.
- OECD (2008)
 www.oecd.org (login 03.01.2009)
<http://www.oecdonline.org/vl=4295052/cl=14/nw=1/rpsv/cw/vhosts./oecdthemes/99980045/v2008n2/contp1-1.htm>
- Räth, N. / Braakmann, A. (2007)
 „Bruttoinlandsprodukt 2007“
- Remsperger, (2006)
 „Formen und Ursachen der Globalisierung“
<http://www.bundesbank.de/download/presse/reden/2006/20060206remesperger.hamburg.php>
- Ricardo, D. (1817)
 On the Principles of Political Economy and Taxation
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2005)
 „Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen“, in: Jahresgutachten 2004/2005
- Ders. (2006)
 „Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen“, in: Jahresgutachten 2006/2007
- Samuelson, P. A. (1949)
 International Factor Price Equalization Once Again, in: Economic Journal 59, S. 181 ff.
- Schäfers, M. (2009)
 „Deutschland nähert sich der Schuldengrenze“ in: FAZ vom 05.01.2009
- Schlichting, G. (2002)
 Globalisierung und freier Markt: Organisationsprinzip einer Weltwirtschaft jenseits der Politik?, in: G. Gehl (Hrsg.), Zeitenwenden – Ängste, Visionen und Hoffnungen der Menschen, Schriften zur internationalen Kultur- und Geisteswelt 19, S. 65-77
- Ders. (2005)
 Mindestlöhne schützen nicht vor Niedriglohnkonkurrenz, in: WiSt Heft 8, August 2005, S. 460 - 462
- Ders. (2006)
 Globalisierung: Gewinner und Verlierer. Eine kritische Bilanz, in: Gehl, Günter / Schlichting, Georg (Hrsg.), Globalisierung - Fluch oder Segen?, Bertuch Verlag GmbH, Weimar
- Schlichting, G. / Reinbach, N. (2007)
 Wie arm ist Deutschland wirklich? Anmerkungen zur „Neuen Armut“ in Deutschland, in: WiSt – Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 10, 10/2007, S. 522-526

- Schlichting, G. (2009)
Mindestlöhne und ihre Alternativen, in: WISU 4/2009, S. 560 - 564
- Sinn, H.-W. (2005)
„Arbeiter sind Verlierer“, in: Welt am Sonntag vom 16.10.2005
- Ders. (2003)
„Der kranke Mann Europas“, in: Deutsche Rede vom 15.11.2003
- Ders. (2007)
Die Basar Ökonomie, Berlin
- Ders. (2005)
Ist Deutschland noch zu retten?, Berlin
- Ders. (2004)
„Wie die Globalisierung die Länder auseinander reißt“, in: Neue Züricher Zeitung vom 26./27.06.2004
- Ders. (2006)
„Aktivierende Sozialhilfe 2006: Das Kombilohn-Modell des ifo-Instituts“, in: Bundespressekonferenz am 26.01.2006
- Sperber H. / Sprink, J. (2007)
Internationale Wirtschaft und Finanzen, München
- Stiglitz, J. (2008)
Die Chancen der Globalisierung, München
- Ströbele, W. / Wacker, H. (2000)
Außenwirtschaft, München
- Töpfer, A. (2007)
Betriebswirtschaftslehre, Heidelberg

AUTORENPORTRAIT



Prof. Dr. Georg Schlichting lehrt seit 2004 Volkswirtschaft und Statistik im Fachbereich Betriebswirtschaft der Koblenz University of Applied Sciences. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Preisbildung in der Marktwirtschaft, internationale Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, Globalisierung, Arbeitsmarkt, Geld- und Kapitalmarkt. Zuvor war er siebzehn Jahre im Bankensektor beschäftigt, zuletzt als Direktor bei der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz in Mainz. Seit 2007 ist er zudem als Director für Böcker, Ziemer Management Consultants in Bonn tätig.



Isabelle Heinrichs, B. Sc., studierte an der Koblenz University of Applied Sciences Betriebswirtschaftslehre. Der vorliegende Beitrag basiert maßgeblich auf ihren Vorarbeiten.

SCHRIFTENVERZEICHNIS

- Nr. 1 Verfahren der Kundenwertermittlung
Darstellung und Bewertung der Kundenwertmessung als Bestandteil
des Marketing-Controlling,
Prof. Dr. Andreas Mengen
Mai 2009
- Nr. 2 Entscheidungsmodell für den wirtschaftlichen RFID-Einsatz
Prof. Dr. Silke Griemert
Januar 2010
- Nr. 3 Kann politische Macht gegen die Gesetze der Globalisierung regieren?
- Eine kritische Analyse am Beispiel Deutschlands
Prof. Dr. Georg Schlichting; Isabelle Heinrichs, B.Sc.
Februar 2010